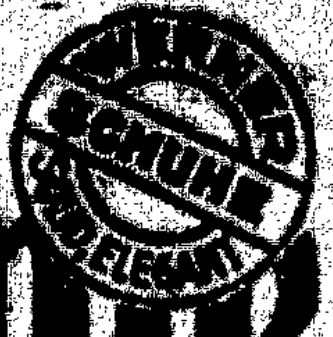


Danziger Volksstimme



Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig monatl. 90.— Mk., wöchentl. 22.50 Mk. Durch die Post monatl. 90.— Mk., wöchentl. 27.— Mk. (Freibleibend). In Danzig: monatl. 600.— Mk. (abw. Währung). Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelnummern: Die 8-spaltige Zeile 15.— Mk., von auswärts 18.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten nach bef. Tarif, die 3-spaltige Anzeigenzeile 50.— Mk., von auswärts 60.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachnummer Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3790.

Nr. 251

Mittwoch, den 25. Oktober 1922

13. Jahrgang

Die gespaltene Regierungskoalition.

Die Abstimmung über die Getreidenulage.

Der Reichstag nahm gestern in zweiter Lesung die namentliche Abstimmung über die Vorlage der Preis-erhöhung für das Umlagegetreide vor. Die Vorlage wurde mit 288 Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen 160 Stimmen der Linken angenommen. Nach der Abstimmung beantragte Abgeordneter Ledebour zur Geschäftsdurchführung, die Sitzung auf eine Stunde auszusetzen und den Reichskanzler zu ersuchen, Auskunft darüber zu geben, auf welche Parteien er sich in Zukunft zu stützen gedenke. Nach dem Ausfall der letzten Abstimmung stehe der Reichskanzler vor der Unmöglichkeit, seine bisherige Politik fortzuführen, darum müsse er den Reichstag auflösen und an die Wähler appellieren. Die Kommunisten unterstützten diesen Antrag, er wurde aber gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Die Sitzung wurde darauf geschlossen, und das Haus vertagte sich bis zum 7. November.

Wie die Blätter schreiben, soll die Verhandlungspause des Reichstags von den Fraktionen dazu benutzt werden, die Meinungsverschiedenheiten darüber, welche Schritte zu unternehmen sind, um der Not dieses Winters zu steuern, auszugleichen. Die „Germania“, die die Situation als ernst bezeichnet, erklärt, daß die Notstandsaktion der Regierung nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfe. Das Blatt hofft, daß bald eine befriedigende Lösung gefunden wird, und daß zu der wirtschaftlichen Krise sich keine politische hinzugesellt. Der Umstand, daß die Koalitionsparteien gestern bei der Abstimmung über die Getreidenulage auseinanderfielen, brauche nicht als Vorläufer eines unheilbaren Bruches angesehen zu werden.

Nach Beendigung der Reichstagsitzung beschäftigte sich gestern die sozialdemokratische Fraktion nochmals mit den von ihr aufgestellten Finanz- und wirtschaftspolitischen Forderungen. Die Fraktion stimmte darin überein, daß es unmöglich ist, mit der Durchführung dieser Forderungen bis zum Wiedereintritt des Reichstags zu warten, sondern daß sofort das Notwendige getan werden muß.

Die Reparationskommission reist erneut nach Berlin.

Wie aus Paris gemeldet wird, hat die Reparationskommission gestern nachmittag beschlossen, Sonntag abend nach Berlin zu reisen, um mit der deutschen Regierung über die Maßnahmen zu verhandeln, die zum Ausgleich des Budgets und zur Stabilisierung der Mark führen sollen. Dieser Beschluß soll gefaßt worden sein, nachdem die Beratungen über die französische Denkschrift und die neuen englischen Gegenentwürfe eine Annäherung zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkt in der Kontrollfrage ergeben haben sollen.

Das Reichskabinett erörterte gestern nachmittag die Vorschläge des Reichswirtschaftsministers auf Abänderung der Devisenordnung. Die Beratungen wurden noch nicht abgeschlossen, sie sollen heute fortgesetzt werden.

Die Reichsregierung hat eine Reihe hervorragender Finanzsachverständiger des Auslandes nach Berlin eingeladen, um mit ihnen darüber zu beraten, welche Maßnahmen für eine Stabilisierung der Währung und der gegenwärtigen Lage Deutschlands ergriffen werden können. Die Besprechungen sollen in aller Eile in Berlin stattfinden. Unter den Teilnehmern befinden sich Prof. Keynes-England, Prof. Cassel-Schweden, Geheimrat Bissinger-Holland, Jenks-Amerika. Auch Finanzsachverständige aus Frankreich und Italien sind eingeladen worden.

Als Nachspiel zum Rathenau-Mordprozeß

gefangte vor dem Staatsgerichtshof die Anklage gegen den Schriftsteller Dr. Stein und den Kapitänleutnant a. D. Dietrich zur Verhandlung. Beide waren wegen Begünstigung angeklagt. Kapitänleutnant Dietrich hatte versucht, den beiden Mördern auf der Burg Saaleck neue Kleider zuzustechen. Er will von Kern aus Bad Ems einen Brief erhalten haben, in dem dieser um zwei Anzüge für sich bat. Dies sei sein letzter Ausweg, sonst müßte er die Konsequenzen zie-

hen, worunter der Angeklagte Selbstmord verstanden haben will. Er habe die Tat aus Kameradschaft begangen. Nach mehrstündiger Verhandlung, zu der nur wenig Zeugen geladen waren, wurde der Angeklagte Dr. Stein freigesprochen, der Angeklagte Dietrich wegen Vergehens gegen § 5 Ziffer 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik wegen Begünstigung zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt. Ein Monat der Strafe wird auf die Untersuchungshaft angerechnet. Der Rechtsanwalt hatte neun Monate Gefängnis beantragt. In der Urteilsbegründung wurde ausgesprochen, daß sich die Verdachtsgründe gegen Stein nicht bestätigt hätten. Dietrich wurde mildernd angerechnet, daß seine Begünstigung der Kameradschaftlichkeit entsprang. Andererseits handelt es sich um die Begünstigung fetter Meuchelmörder, die eine entsprechende Sühne finden müsse. Ueber einen Antrag der Verteidigung, dem freigesprochenen Angeklagten Dr. Stein Schadenersatzansprüche wegen der Untersuchungshaft zuzubilligen, soll noch besonders entschieden werden.

Eberts endgültige Wahl.

Der Reichstag nahm gestern die Abstimmung über den Antrag auf Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten Ebert bis zum 30. Juni 1925 vor. Mit 314 gegen 76 Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten bei einer Stimmenthaltung wurde dieser angenommen. Präsident Ebert stellte fest, daß die Annahme des Antrages mit der für die Verfassungsänderung notwendigen Zweidrittelmehrheit erfolgt und das bisherige Provisorium nunmehr beendet sei.

Der Antrag der Deutschnationalen, der die Verkündung des Reichstagsbeschlusses betreffend das Definitivum der Präsidentenwahl auf drei Monate hinausschieben soll, um inzwischen einen Volksentscheid herbeizuführen, wurde in namentlicher Abstimmung mit 310 gegen 77 Stimmen bei 10 Enthaltungen abgelehnt.

Im Anschluß an diese Abstimmungen begab sich der Reichstagspräsident Ebert zum Reichspräsidenten Ebert, um ihm Mitteilung von dem Beschluß des Reichstags zu machen. Ebert richtete an den Reichspräsidenten eine Ansprache, in der er hervorhob, daß der Reichspräsident in der schwersten Zeit Deutschlands 1919 ein Amt auf sich genommen habe, in dem keinerlei Anerkennung geschweige denn Dank erwartet werden konnte. Der mit großer Mehrheit gefaßte Beschluß des Reichstags bekräftige das Vertrauen, daß es Ebert auch in Zukunft gelingen werde, mit Weisheit und Energie an der Lösung der schwersten Fragen, vor denen Deutschland stehe, mitzuwirken.

Ebert erwiderte, er habe das Amt in dem Bewußtsein übernommen, seine Pflicht gegenüber den Volksgenossen tun zu müssen, die ihm in harten Tagen ihr Vertrauen entgegenbrachten. Wie bisher wolle er sich bemühen, sein Amt unparteiisch zu führen, Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben und seine Pflichten gewissenhaft zu erfüllen. Es werde sein Bemühen sein, über alle Verschiedenheiten der Interessen und der Weltanschauung hinaus die großen und wertvollen Kräfte des deutschen Volkstums zusammenzufassen in der Liebe zur Pflicht und der Treue zu Volk und Vaterland. Der Parteien Meinungen dürften nicht in einen Zusammenprall der Leidenschaften, nicht in blinde Selbstzerfleischung ausarten.

Milde gegen reaktionäre Bombenwerfer.

Das Sprengstoffattentat auf die Mannheimer Börse.

Das Mannheimer Schwurgericht verhandelte am Montag gegen die Nationalisten Jansen, Schumm, Förster und Maurice, die das Sprengstoffattentat auf die Mannheimer Börse am 15. September d. J. verübt hatten. Der 22 Jahre alte Angeklagte Jansen gab die Tat zu. Er habe mit dem Attentat Schrecken verbreiten wollen. Er berief sich dabei auf „Christi Vor-satz“, der nach der Bibel Schädlinge aus dem Tempel vertrieben habe. Da nach Ansicht der Angeklagten die jüdische und internationale Hochfinanz nicht durch Worte beseitigt werden könne, habe er einen Versuch gemacht gegen sie abgeben wollen. Der Angeklagte erklärte, keine Reue über seine Tat zu empfinden, sie sei eine „deutsche Tat“. Der Angeklagte Schumm gab zu, für Jansen in München zwei Handgranaten besorgt zu haben, und zwar von dem angeklagten Uhrmacher Maurice. Der Angeklagte gehörte der Mannheimer Ortsgruppe der Nationalsozialistischen Partei an und

erklärte, mit dem Bombenwurf einverstanden gewesen zu sein. Der Angeklagte Förster, zweiter Schriftführer der Nationalsozialistischen Partei, gab zu, daß er Schumm bei der Besorgung einer Handgranate behilflich gewesen ist. Der Angeklagte Maurice ist seit 1921 bezoldeter Angestellter der Nationalsozialistischen Partei. Er kommandiert eine „Sturmabteilung“ dieser Partei. Er gab zu, die Handgranaten besorgt zu haben, will aber nicht gewußt haben, wozu sie gedient haben. Ein Waffen-sachverständiger bekundete, daß der Börsensaal schwer beschädigt worden wäre, wenn die Handgranaten richtig geküßt gewesen wären.

Die Geschworenen verneinten nach einstündiger Beratung sämtliche Fragen, die sich auf Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz bezogen, bejahten dagegen die Frage auf unbefugtem Besitz von Waffen bzw. Beihilfe zu diesem Vergehen. Außerdem wurden sämtliche Angeklagten mit Ausnahme von Maurice mildernde Umstände ausgebilligt. Das Urteil lautete gegen Jansen auf neun Monate Gefängnis, gegen Schumm auf sechs Monate und gegen Förster auf zwei Monate Gefängnis. Bezüglich des Angeklagten Maurice kam das Gericht zu der Überzeugung, daß die Geschworenen sich zu ungunsten des Angeklagten geirrt hätten und seinen Fall erneut zur Verhandlung in die nächste Schwurgerichtssitzung verlegte.

Die bürgerliche Regierungspolizei in Oesterreich

Der sozialdemokratischen Opposition ist es gelungen, die beabsichtigte Geheimhaltung der Vorschläge der österreichischen Regierung an die Böhmerlandvertreter zu durchkreuzen. Das Programm mußte gleich seiner Uebersetzung veröffentlicht werden, und so erfährt man in Deutschösterreich — und bei uns! — wohin es führt, wenn man nicht rechtzeitig den sozialdemokratischen Vorschlägen zur Anpassung der Staatswirtschaft an die vom Grund aus geänderten Verhältnisse eines unter Siegesdrück stehenden Landes folgt!

Der Hauptinhalt der Seipel-Bürgerlichen Vorschläge, die nachträglich als Vorentwurf hinzugefügt werden, ist folgender:

2 Proz. Warenumsatzsteuer sollen bei jedem Verkauf einer Ware erhoben werden und 1200 Milliarden Kronen einbringen; die Steuerertragsfolgen würde man sich selbst aus. Erhöhung der Zölle soll 600 Milliarden Kronen ergeben. Wie aber die ganze Staatswirtschaft, so soll auch über den Zolltarif, dieses Grundprinzip der Wirtschaftspolitik, das Parlament in den nächsten zwei Jahren nichts zu bestimmen haben. Die Einkommensteuer sollen überaus hoch werden; die Einkommensteuer z. B. 4000 Kronen für den Vier betragen. Aber die Produktionssteuern abgabe, die die Kleinbauern zu tragen hätten, ist nicht vorgesehen. Jeder soll mit etwa 2700 Kronen das Allogramm besteuert werden. Der Tabak, der dem Staat heute 700 Milliarden einbringt, soll künftig 1750 Milliarden tragen! Aus dem Salomonopol soll ein Nettogewinn von 150 Milliarden Kronen, also 25000 Kronen jährlich auf den Kopf der Bevölkerung kommen — wohl die antisozialistische Kopfsteuer, die sich überhaupt erheben läßt. Die Steuer von allen Wohnungen soll ungefähr das Zweihundertfache der Vorkriegsmiete betragen. Da dieselben Grundbesitzer gleichzeitig auch den Abbau des Wienerlandes betreiben, den die Zölle auf das Dreihundertfache des Mietpreises erhöhen möchten, um die Betriebs- und Reparaturkosten der Häuser zu decken, so müßte an Wohnung und Steuer zusammen die fünfhundertfache Friedensmiete bezahlt werden. Nicht nur die entsetzliche Steuer wäre die Folge; sie würde zugleich auch die Produktionskraft der Industrie herabsetzen, daß ihre Konkurrenzfähigkeit vernichtet, jeder Export unmöglich würde, die leicht schon schnell wachsende Arbeitslosigkeit die fürchterliche Ausdehnung erlangen müßte. Die Regierung verlangt vom Parlament die Vollmacht, Staatsbetriebe zu verstaatlichen, ohne das Parlament fragen zu müssen, weiter die Vollmacht, zwei Jahre lang nicht nur alle Verwaltungsvorschriften, sondern selbst die Vorschriften über das gerichtliche Verfahren durch bloße Verordnung abändern zu dürfen. Sie will die verfaßte republikanische Verfassung abhauen, indem sie „die Verbungen einschränkt“. Sie will das Wasser- und Elektrizitätswirtschaftsamt aufheben; an dem Ausbau der Wasserkraft, der Deutschösterreich von der tschechischen Seite unabhängig machen soll, haben in die tschechischen Kreditgeber kein Interesse.

Da man zur Ausschaltung des Parlaments durch Verfassungsänderung die Zweidrittelmehrheit braucht und die Sozialdemokraten mehr als ein Drittel der Stimmen im Nationalrat haben, soll dieser Umsturz durch gewöhnliches Gesetz gemacht werden!

Gegen die Verflachung Oesterreichs

Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder!

Das Exekutivkomitee der Internationalen Arbeiter-Gemeinschaft Sozialistischer Parteien leidet die Unterwerfung der Arbeiter aller Länder auf das Mandat des internationalen Kapitalismus, der unter dem Vorwand, Oesterreich Hilfe zu bringen, es in Abhängigkeit abgeben hat, dieses europäische Land einem Protektorat zu unterwerfen, wie es die kapitalistischen Großmächte in Marokko und Mesopotamien ausgetrieben haben.

Das Exekutivkomitee wendet sich mit allem Nachdruck gegen die Folgen des Wiener Vertrages, der durch die Einsetzung eines Generalkommissars und einer Kontrollkommission von der Entente das österreichische Volk zwingen will, eine vorübergehende Hilfeleistung mit dem Verlust seiner Freiheit zu bezahlen und sich der Fremdberrschaft zu unterwerfen.

Das Exekutivkomitee ruft die Entrüstung aller Völker gegen die Verletzung der finanziellen Kontrolle durch das Parlament auf, die tatsächlich die Abschaffung der Demokratie bedeutet.

Indem er Teutischerreich bei Strafe des Hungertodes den Verlust auf seine Selbstregierung aufzwingt, verliert der sozialistische Imperialisimus, der in den sogenannten Friedensverträgen von Versailles und Saint-Germain usw. das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf dem Gebiete der auswärtigen Politik verlegt hat, es auch in der inneren Politik zu vermissen.

Das Exekutivkomitee der I.A.P. fordert alle angeschlossenen Parteien auf, in ihren Parlamenten gegen diesen erpresserischen Anschlag zu protestieren, der gegen ein Volk verübt werden soll, das infolge der Friedensverträge in seinen Lebensmöglichkeiten bedrängt ist und das nunmehr unter Vormundschaft gestellt, so geradweg in Sklaverei gestürzt werden soll.

Das Exekutivkomitee erwartet, daß die Parteien in ihrer Presse und in ihren Versammlungen den Protestieren ihres Landes die Gefahr begreiflich machen werden, mit der die Kontrolle des auswärtigen Kapitals in Oesterreich die Erzeugnisse der Arbeiterklasse und den Bestand der Republik bedroht.

Das Exekutivkomitee ist überzeugt, daß alle der I.A.P. angeschlossenen Parteien überall dem arbeitenden Volk das Zusammenwirken der kapitalistischen Bourgeoisie aller Länder aufzulegen werden, die ebensowohl bereit ist, aus Angst vor der wachsenden politischen Macht des Proletariats ihren Interessen alle Rechte der Arbeiterklasse und selbst die Freiheit des eigenen Volkes aufzuopfern, als sie andererseits bereit ist, zum Nutzen ihrer Profitgier das Elend eines Volkes auszunutzen, um es auf die Stufe einer Kolonie hinabzuführen.

Es ist Pflicht der gesamten Massenbewegten Arbeiterklasse, ihren Protest mit dem des österreichischen Proletariats zu vereinen, es mit aller Kraft in seinen Bemühungen zur Abwehr der verhängnisvollen Folgen des Wiener Sozialistenpaktes zu unterstützen und so kraftvoller als je zusammenzuwirken an der endgültigen Befreiung der internationalen Arbeiterklasse.

Das Exekutivkomitee der I.A.P.

Der bayrische Justizskandal.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag eine Interpellation eingebracht, die sich mit der Verurteilung der drei Zeitungsberichterstaten, darunter des Journalisten Heddenbach, zu beschäftigen über 30 Tausend Auszubildende durch das Volksgericht in München beschäftigt. Die Reichsregierung wird gefragt, ob ihr

bekannt sei, daß das Verbrechen des Bundesverrats vom Gericht bestätigt wurde, daß die Blätter Mitteilungen über geheime Organisationsformen, die nach dem Reichsgesetz verboten sind, gemacht haben; weiter, ob die Reichsregierung diese Verurteilung für vereinbar mit dem bestehenden Verfassungszustand für vereinbar hält und dem durch die bayerischen Volksgerichte geschaffenen Zustand der Rechtsunsicherheit und die deutsche Reichseinheit wiederherzustellen gedenkt und was sie für die Opfer der Volksgerichtspraxis tun wolle.

Gegen die wachsende Not.

Sozialistischer Antrag auf Erlassung aller Lebensmittel

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: In Anbetracht der Tatsache, daß der Sturz der Mark zu einem vollkommenen Zusammenbruch der öffentlichen Brotversorgung zu führen droht, da die inländische Produktion weit hinter den gesetzlichen Bestimmungen zurückbleibt, die Einfuhr von Getreide bei einem Dollarstand von fast 1000 völlig unmöglich wird, ist die Sicherung des nackten Lebens der Bevölkerung oberste Pflicht der gesetzgebenden Körperschaft. Das erfordert die sofortige Erlassung der im Inland vorhandenen Vorräte an Lebensmitteln, die sich in den Händen der Erzeuger, der Verbraucher und des Handels befinden. Jede Verzögerung dieser Maßnahme ruft die Gefahr der Verfühlung an das Vieh und der Verarbeitlung zu Spiritus hervor.

Der Reichstag ersucht deshalb die Reichsregierung, sofort einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen zur Sicherung der Volksernährung die vollständige Erlassung der wichtigsten Nahrungsmittel verfügt wird.

Vor den polnischen Wahlen.

Dem Namen nach ist das Wahlrecht zu den beiden polnischen Kammern ein allgemeines gleiches Proportionalwahlrecht für beide Geschlechter, anscheinend also vollkommen demokratisch. Aber nur dem Namen nach. Denn auf dreifache Weise hat der verfassunggebende polnische Sejm dieses demokratische Prinzip verflücht. Erstens durch Wahlkreisgeometrie, wodurch beispielsweise mißliebige Minderheiten getroffen werden. Zweitens durch einen ungleichen Wahlkreis bei der Zuteilung der Zahl der Abgeordneten auf die einzelnen Kreise. So entfallen in Ostgalizien und in der Hauptstadt Warschau — hierles wegen der 1000 bis 10000 Juden in Warschau — nicht, wie es im Durchschnitt sein müßte, 30 000 bis 40 000, sondern 70 000 bis 80 000 und mehr Seelen auf einen Abgeordneten. Drittens aber durch eine geradezu groteske Bestimmung über die Reichslisten. Diese sind nämlich nicht etwa bestimmt, die Reichstimmen aufzunehmen, sondern geben den einzelnen Parteien Stimm im Verhältnis der in den Bezirken bereits erlangten Mandate, bedeuten also Prämien für die großen Parteien.

Das Prinzip, das diese hart an Wahlverschönerung grenzenden Bestimmungen decken sollte, war, die schädliche Parteienzersplitterung in Polen zu bekämpfen. Der Wahlkampf sei schon heute, daß nicht einmal dieses Ziel erreicht worden ist. Zwar haben sich einzelne Wahlkreise gebildet. Aber das wird nicht hindern, daß im neuen Sejm sich sofort wieder eine Reihe kleiner Fraktionen bilden. Außerdem gibt es noch genug kleine, bei der Wahl selbständig vorgehende Wahlgruppen. Wohl aber werden die beiden großen Parteien auf ihre Rechnung kommen, die im egoistischen Interesse die Wahlrechtsverhandlungen betrieben haben, die nationalpolitische Rechte und die große Bauernpartei unter Witko, dem früheren Abgeordneten des österreichischen Reichsrats.

In großer Unruhe ist die Wahlaktion zuweilen folgende: Die Nationaldemokraten haben wieder einen großen Bloß zusammengebracht, dem sie den schönen Namen „Christlich-nationale Einheit“ gegeben haben. Einige Parteien der rechten Mitte bilden das „Polnische Zentrum“, das nach Bedarf mit dem Reichsblock liebäugelt. Der Führer

ist der frühere Ministerpräsident Pilsudski, der die größten Gruppen der Rechten, soweit sie nicht, wie die Krausner Konserwativen, einige Stammpflege haben. Die drei Bauernparteien gehen nur in zwei Lagern in den Wahlkampf. Der größere rechte Flügel bildet die (von der polnischen) Partei, den radikalen linken Flügel bildet die (von der) Partei. Es ist schon — von kleineren Parteien und Gruppen abgesehen — Sozialisten und Kommunisten vor.

Besonders Interesse dürfte der Minderheitenblock haben, der sich als Notwehr gegen die polnische Majorität gebildet hat. Er umfaßt deutsche, litauische, ukrainische und weißrussische Parteien. Von deutschen sozialistischen Parteien sind auch die sozialdemokratischen Organisationen in Suda und Bromberg beigetreten, während leider die deutsche Sozialdemokratie Oberösterreichs sich einem abfälligen Sonderblock einiger polnischer und jüdischer sozialistischer Eigenbrötler angeschlossen hat. Bedauerlich ist ferner, daß die jüdische Volkspartei, eine demokratisch-nationale Partei, wegen Streitigkeiten mit den anderen jüdischen Parteien um die Verteilung der Mandate aus dem Minderheitenblock ausgestiegen ist und ihn jetzt sogar als reaktionär betrachtet. Trotzdem ist der Block als Ganzes nach wie vor als ein richtiger und ausdauerlicher politisch-sozialistischer Schritt anzusehen. Die Ukrainer Sozialisten, die Polens Oberhaupt über Ostgalizien nicht anerkennen, haben demokratisch die Partei des Wahlbundes angeschlossen. Hier wie in Weichland arbeitet mit stetigen Geschäften eine Agitation der Regierung daran, scheinbar völkervernünftliche Parteien der Minderheiten des Ostens zu schaffen. Der Erfolg ist jedoch gering.

Polnisches Wechselspiel im ostoberschlesischen Sejm.

Am obererschlesischen Sejm haben sich die deutschen Parteien zu einer einheitlichen Fraktion zusammengeschlossen, die in Nationalitätenfragen den Fraktionszwang beschlossen hat. Darauf haben die sich einander sehr feindselig gestimmten polnischen Parteien einander genähert, so daß der bisherige Sejm vornehmlich aus dem Anschein sein Amt mit wechselnden polnischen Mehrheiten weiterzuführen kann, da in nationalen Fragen die polnischen Sozialisten und nationalen Arbeiterpartei mit der polnischen Rechte stimmen, während sich in sozialen Fragen durch Zersplitterung andere Kompromißmehrheiten aus den polnischen Parteien ergeben. Die auf diese Weise hergestellte polnische Einheitsfront hat allerdings Korruption, der damit die Führung im obererschlesischen-polnischen Parlament zu haben glaubte, wieder so übermäßig gemacht, daß jetzt auch die polnischen Sozialisten und nationalen Arbeiterpartei ihm öffentlich bedeuten, ihre Gefolgschaft könne auch in nationalen Fragen eine gewisse Grenze haben. Korruption ist zwar mit Erfolg für ein geschäftsmäßigem Ausnahmegericht gegen die deutschen Abgeordneten eingetreten, hat aber bei Angriffen gegen die angeblich zu deutschfreundliche Nationalitätenpolitik der Warschauer Regierung die Unterstützung der polnischen Linksparteien nicht mehr gefunden.

Das Ententemilitär im heiligen Köln.

Eine Witwe Meyer war in Köln wegen Kuppel zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil sie ein öffentliches Haus betrieb. In der Berufungsverhandlung vor der Strafkammer legte der Verteidiger ein Schriftstück der englischen Behörde an sie vor, in dem es hieß: „Auf Anordnung der britischen Militärbehörde werden Sie angewiesen, dafür zu sorgen, daß Ihr Dirnenhaus vollständig mit Dirnen besetzt wird, so daß den Verurteilten eine ausreichende Anzahl zur Verfügung steht. Sie haben sich darum zu bemühen, daß zurzeit unvermietete Räume Ihres Hauses sofort von Dirnen bewohnt werden. Sollte die schwache Besetzung mit Dirnen weiterhin anhalten, so hat die britische Militärbehörde die sofortige Schließung der betreffenden Dirnenhäuser angeordnet.“ Unter diesen Umständen wurde der Antrag des Staatsanwalts, die Frau zu 14 Tagen Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe zu verurteilen, abgelehnt, da sie unter einem unüberwindlichen Zwang gehandelt habe.

Die verwandelten Gänse.

Folgende fauliche Satire macht ihre Runde durch die deutschen Parteizeitungen:

Eine schlagende Nachricht kommt aus Polen: Es wird eine Million Gänse nach Wien — Wien — Wien? Können Sie sich eine Vorstellung davon machen, was eine Million Gänse in Wien? Wenn diese Gänse im Gänsemarkt von der polnischen nach der deutschen Reichshauptstadt wandern und die dortige polnische Bevölkerung durch den Anblick der Gänse in die letzte gerade von Warschau ab. Nehme, wie an, daß jede Gans nur 20 Portionen gibt, so werden 13 Millionen deutsche Gaumen sich demnächst an polnischen Gänsebraten laben. Unsere Völkerverehrung wird verschanden; sie hat selbst. Portionen, Linsensuppe, Mäntel, Grasbündel, Schnaps, Labrikanten, Abgeordnete und Willkürherrscher ebenbürtig als Beschäftigungsmittel beschreiben zur Seite, so daß wir andere bei nahe viele Ausflüchte haben wie in der preussischen Pottsdamer. Diese Gänse werden billig sein, laßeln billig, billiger als Matjeshering. Vorausgesetzt, daß sie nicht zu Siegen und Immer-Wasser wandern. Bei den in? Siegen und Immer-Wasser? Er bewohnt eine richtige Döble. Diese Döble hat zwei große Tote. Und nachher natürlich. Es fahren a. B. durch das eine Tor zwanzig Waggons, darunter jeder aus Magdeburg ein. Vielleicht eine halbe Stunde später verlassen mit derselben Lokomotive zwanzig Waggons ein holländische Eisenbahn das andere Tor. Ein Ainderpiel für Siegen und Immer-Wasser.

Die Gänse kommen aus dem Lande der polnischen Mark. Die gilt recht und weniger als die deutsche, trotzdem man nicht für möglich halten sollte. Darum ziehen die Gänse durch das zweite Tor ein. In diesem Augenblick schnattern die polnische Gänse über freien sie zur anderen Tür heraus, so schnarren sie das zweite Flaster. Sie haben nämlich zwischen der Siegen und Immer-Wasser eine zauberhafte Verwandlung erfahren und die polnische Eisenbahngeschwindigkeit erworben. Einige nennen sich sogar Oberbürger

Rechtsanwälte oder Rügenen Maßgeschlößel, trotzdem, weil Gott, die Aniel-Magen noch nicht in Polen gehört. Und der Reichs pro Pfund: D-frag-ach-nicht!

Sie sind empört, damals hochverehrte Pelerin? Warum Sie. Denn nun tritt der Reichsernährungsminister in Funktion! Er laßt die Gänse beschlagnahmen! Allerdings, sie sind nicht mehr da, das ist richtig. Dafür erschießt ein großer Völkler an allen Ecken, Säunen und tausendjährigen Ecken: „Eine Million polnischer Gänse verschwinden! Wiederbringera hohe Belohnung!“ Die Agrarpolitik arbeitet sicherhaft. Die Letztliche vergessen, daß ein Paar Entenstellen tausend Mark kosten. Die Bucher-erichte haben schreckliche Drohungen aus. In Buxtehude wird eine autouberfahrene Gans verhaftet und gefesselt an das Reichsgericht nach Leipzig überführt. Im übrigen ist nichts zu machen, weil gebrauchte Gänse nicht verraten. Wir wischen uns den Mund — wieder mal, mitentäuschte Pelerin. Nur der Souberer laßt. Nicht über die ... über den ... über das ganze Gesicht. Von.

Eine neue Erfindung im Maschinenbau. Der Ingenieur Schieferstein, bekannt durch seine Tätigkeit auf dem Gebiete der Funkentelegraphie, hielt in der Duth-Funkentelegraphie, Berlin, einen Vortrag, indem er Mitteilung von einer neuen Erfindung machte. Er glaubt, einen Weg gefunden zu haben, um die Wellen, die in der Funkentelegraphie zu rufen, auch auf die Welt der mechanischen Bewegungen anzuwenden zu können. Es handelt sich um nichts geringeres als um die Anmerkung der durch die Massenbeschleunigung bei den und hergehenden Maschinenteilen entstehenden Energieverluste. Schieferstein will nun die zwangsläufige hin- und hergehende Bewegung der Maschinenmassen (z. B. der Kolben, Pleistänge usw.) in schwingende Bewegung umwandeln. Das Anwendungsbereich der Erfindung ist in keinem gänzlich Umfang noch nicht zu übersehen. Zunächst wurde der neue Gedanke auf alle Arten von Schlag- und Stampfwerkzeugen, Maschinen, Säge-

gattern und Wechsellagen angewandt. In der Elektrotechnik bedeutet das neue Prinzip die Erfindung des oszillierenden Motors, der u. a. das Gebiet der elektrisch betriebenen Ventilatoren und Exhaustoren auf eine neue Grundlage stellt. In der Uhrentechnik ermöglicht die Schiefersteinische Erfindung die Herstellung einer anferlosen, geräuschlos gehenden Uhr. Auch in der Massenfabrikation angefertigte Uhren sollen durch sie chronometrische Genauigkeit des Ganges erreichen. Eine aus deutschen und amerikanischen Mitgliedern bestehende Studiengesellschaft will die Erfindungen Schiefersteins in die Praxis umsetzen. Die Tragweite der Erfindung läßt sich vorderhand noch nicht überblicken. In Fachkreisen ist man jedenfalls nicht so voreilig wie in zielgerichteten Zeitungen, die bereits in sensationeller Weise dafür Reklame machen.

Ein Staubregen über dem Ozean. Im Mai dieses Jahres hat ein merkwürdiger Staubregen über dem Atlantischen Ozean stattgefunden, mit dem sich die „Monthly Weather Review“ in einer eingehenden Abhandlung beschäftigt. Die mit Staub geschwängerte Wolke war riesengroß und dehnte sich bis zum Golf von Mexiko aus; sie war nach den Untersuchungen aus Staubmassen zusammengesetzt, die von einer der afrikanischen Wüsten herkam. Im vergangenen Jahre hatte ein ähnlicher Staubregen über dem Welten Meer stattgefunden, und zwar als Folgeerscheinung eines Zyklons, der sich u. er der Mongolischen Wüste abspielte. Der Staubregen dieses Jahres war so heftig, daß er die Schifffahrt behinderte, indem er die Sichtgüte einschränkte. Die Staubmengen, die auf diese Weise von einem Gebiet nach einem anderen transportiert werden können, sind mandimal beträchtlich. Man nimmt an, daß seit drei Jahrtausenden solche Staubwolken über Europa eine Staubmenge von mehr als 12 Zentimeter Dicke geweht haben. Dieser Staub der Sahara lagert sich naturgemäß viel mehr über Südamerika als über Nordamerika ab. Der Staub der Sahara ist durch solche Wolken bis nach Asien, ja sogar fast bis nach Amerika getragen worden.

Die Herausgabe von Danziger Notgeld

Bedenken der Reichsbank gegen weitere Geldabgabe an Danzig. — Die Aktion für die Kleinrentner. — Zuschüsse für die Privatkrankehäuser.

Die Stadtverordnetenversammlung war gestern gut besucht. Auch die Magistratsdeputierte wies zahlreichen Besuch auf, u. a. waren erschienen Präsident Zahn, Senatoren Volkmann und Jewelowski. Ihre Anwesenheit fällt wohl in erster Linie der Vorlage über die Herausgabe von 300 Mill. Mark städtisches Notgeld. In den öffentlichen Kassen herrscht Ebbe, so daß nicht einmal die Gehaltszahlungen an die Beamten erfolgen können. Die Reichsbank hat zwar Danzig vorzugsweise mit Zahlungsmitteln versorgt, will jetzt aber damit Schluss machen, weil Danzig ein Defizit ohne Boden ist. Warszawa saugt die nach Danzig kommenden deutschen Zahlungsmittel auf. Der Senat will deshalb städtisches Notgeld herausgeben. Reichsbank und andere Banken haben sich bereit erklärt, das Geld in vollem Betrage in Zahlung zu nehmen. Die Stadt glaubt damit ein gutes Geschäft zu machen. Einmal erhält sie ein niedriges Darlehen von 300 Mill. Mark, weiter wird damit gerechnet, daß viele dieser Geldscheine von Sammlern gekauft werden. Bei der Einnahme herrschte wenig Sympathie für diesen Plan des Senats. Sie vertrat den Standpunkt, daß ohne gesetzliche Unterlage kein Notgeld herausgegeben werden dürfe. Die bürgerliche Mehrheit hatte diese Bedenken nicht und stimmte der Vorlage zu.

Die Not der Klein- und Sozialrentner wird täglich größer. Deshalb forderte die Linke schnellste Auszahlung der vom Volkstage bewilligten Unterstützungssummen. Auf Antrag der beiden sozialdemokratischen Parteien wurde einstimmig beschlossen, den Rentner Petroleums, Gas und Elektrizität zu ermäßigten Preisen zu liefern. Die Beratung der Etats wurde vertagt.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung nahm nach ihrer Eröffnung zunächst einige Wahlen vor. Mit der Pensionierung des Feuerwehrmanns Karl Schmidt erklärte sie sich einverstanden.

Zuschüsse für die Privatkrankehäuser.

Der Senat hatte der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag vorgelegt, der für das Rechnungsjahr 1922 ein Zuschuß von 25 Millionen Mark, und für das Marienkrankenhaus ein unklünderbares Darlehen in Höhe von 2 Millionen Mark fordert. Von der Deutschen Partei wurde in einer Entschließung verlangt, daß Danzig den Zuschuß nur im Verhältnis zur Zahl der verpflegten Danziger leistet. Die übrigen Orte und Kreise des Freistaats müßten ebenfalls zur Deckung des Zuschusses herangezogen werden. Stadtv. Finkler (D. P.) begründete die Entschließung mit dem Hinweis darauf, daß die städtischen Kreise, die ebenfalls die Krankenhäuser in Anspruch nehmen, sehr gut in der Lage sind, zu den Zuschüssen beizutragen. Oberbürgermeister Dr. Stade erwiderte, daß die Auswärtigen schon jetzt höhere Krankenhausbüße zahlen müssen, als wie die Einheimischen. Von weiteren Belastungen solle man absehen. Die Stadtv. Brunzen I (D. P.) und Braun (Zentr.) wandten sich ebenfalls gegen die Forderung der Deutschen Partei. Während Stadtv. Mohr (D. P.) den Standpunkt vertrat, daß es nicht angängig sei, das Gesamtdesitz auf die Stadtgemeinde Danzig abzuwälzen. Welche Vorlagen wurden gegen die Stimmen der Linken und Polen bewilligt, die Entschließung der Deutschen Partei auf Heranziehung der städtischen Kreise zu den Kosten abgelehnt.

Erhöhung der Marktstandgelder

Ohne Debatte wurde dann die Erhöhung der Marktstandgelder beschlossen. Sie werden am 1. November um 100 Prozent, und am 1. Dezember nochmals um 100 Prozent erhöht.

Für die Kleinrentner.

Der Stadt Danzig sind durch ein vom Volkstage verabschiedetes Gesetz 2 275 000 Mark zur Pinderung der Not der Kleinrentner überwiesen worden. Die Stadt wird zugleich verpflichtet, diese Summe um ein Fünftel aus eigenen Mitteln zu erhöhen. Auf Antrag des Stadtv. Gebauer (U.S.P.) wurde beschlossen, auch die Frage der Unterstützung der Sozialrentner in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Welche Punkte der Tagesordnung wurden miteinander verbunden. Von den beiden sozialistischen Parteien wurde folgender Antrag eingebracht:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Senat zu ersuchen, die aus Staatsmitteln zu gewährenden Winterbeihilfe für die minderbemittelte Bevölkerung schnellstens zur Durchführung zu bringen, ferner die minderbemittelten Bevölkerungskreise mit billigen Petroleum zu versorgen und unverzüglich eine Vorlage der Stadtverordnetenversammlung zu unterbreiten, nach welcher der Preis für Gas und Elektrizität für die notleidenden Kreise herabgesetzt wird.

Stadtv. Gebauer (U.S.P.) begründete den Antrag und gab seiner Verwunderung Ausdruck, daß der Senat vier Wochen Zeit gebrauche, um die Vorarbeiten zur Durchführung der Kleinrentnerfürsorge zu erledigen. Im Volkstag habe man das Gesetz innerhalb zweier Tage verabschiedet, um den Kleinrentnern möglichst schnell zu helfen. Redner trat dafür ein, daß bei der Verteilung der Mittel Stadtverordnete und Vertreter der Kleinrentnerorganisation hinzugezogen werden, und bedauerte, daß die Verteilung des Brennmaterials so langsam vor sich geht. Die jetzigen Preise für Petroleum, Gas und Elektrizität könnten die Rentnempfänger und Kleinrentner nicht bezahlen. Diese Preise müßten deshalb für genannte Bevölkerungskreise verbilligt werden, was auch in anderen Städten geschehen sei.

Stadtrat Dr. Mayer entgegnete, daß das Wohlfahrtsamt mit größter Beschleunigung die Arbeiten für die Kleinrentnerfürsorge betriebe. In kurzer Zeit würden alle Versorgungsberechtigten mit Brennmaterial versorgt sein. Um Petroleum zu ermäßigtem Preise abgeben zu können, sollen im Etat mehrere Millionen eingestellt werden.

Stadtv. Brunzen I (D. P.) schildert die Not der Kleinrentner, der gegenüber der auf den einzelnen entfallende Unterstützungsbetrag von 1700 Mark sehr winzig sei. Man möge die Summen schnell verteilen und die Empfänger rückständigvoll behandeln.

Die Ansprache war damit beendet. Die Vorlage des Senats und der Antrag der beiden sozialistischen Parteien wurden einstimmig angenommen.

Der Uebernahme der Wagenhäuser Bastion Wolf 4 und 5, sowie der Gebäude der Bastion Rantchen in das Eigentum der Stadtgemeinde wurde ohne Aussprache zugestimmt.

300 Millionen Mark städtisches Notgeld.

beabsichtigt die Stadtgemeinde Danzig herauszugeben. Die Vorlage führte zu einer längeren Debatte, die vom Stadtv. Liebenfreund (D. P.) eröffnet wurde. Redner erklärte, daß die Deutsche Partei der Herausgabe des städtischen Notgeldes ablehnend gegenüberstehe, weil befürchtet würde, daß die Beziehungen Danzigs zur Reichsbank gefährdet werden könnten und Danzig nicht in der Lage sei, die 300 Millionen zu decken. Diese Bedenken seien jedoch zerstreut worden, weil die Reichsbank selbst die Ausgabe des städtischen Notgeldes angeregt habe, weil sie nicht in der Lage sei, den Lebensbedarf an Geldmitteln zu decken. Es sei schwierig, das zu Lohn- und Gehaltszahlungen erforderliche Geld zu beschaffen. Reichsbank und andere Banken hätten sich bereit erklärt, das Geld in Zahlung zu nehmen. Die Fraktion der D. P. werde der Vorlage zustimmen.

Stadtv. Nahn (A.) entgegnete, daß der Mangel an Geld hervorgerufen durch die Geldentwertung, den Geschäftverfall erschwere. Die Ausgabe von Geldscheinen sei Sache des Staates, nicht der Kommune. Die Vorlage habe nur den Zweck, die leere Kasse der Stadt zu füllen, damit die Gehälter der Beamten gezahlt werden können. Redner erklärte sich gegen die Herausgabe des städtischen Notgeldes. Mit dem gleichen Recht wie Danzig, könnten auch die übrigen Freistaatsgemeinden Notgeld herausgeben. Nach den bestehenden Gesetzen seien die Gemeinden nicht befugt, Notgeld herauszugeben. Durch ein besonderes Gesetz müsse erst durch den Volkstag die gesetzliche Grundlage gegeben werden. Bis dahin sei das Notgeld wertloses Papier. Redner trat für die Einführung einer anderen Währung ein. Wenn Danzig die Devisenverordnung des Reiches nicht übernehme, müsse man mit einer Schließung der Reichsbank rechnen. Seine Fraktion (?) werde die Vorlage ablehnen.

Stadtv. Braun (Zentr.) trat für die Herausgabe des Notgeldes ein, damit den Beamten die noch ausstehenden Gehälter schnell ausgezahlt werden können.

Danzig und die Reichsbank.

Senator Dr. Volkmann führte aus, daß es gut sei, das Danziger Währungsproblem nicht allzu oft in der Öffentlichkeit zu besprechen. Das Valutaproblem habe mit der Vorlage auch nichts zu tun. Es solle lediglich ein Stadtnotgeld für den lokalen Verkehr geschaffen werden. In letzter Zeit sei eine Zahlungsmittelknappheit eingetreten, sie habe sich aber noch nicht in katastrophaler Weise gezeigt. Es herrsche aber ernste Besorgnis, daß eines Tages die Geldmittel für die Lohnzahlungen nicht mehr beschafft werden könnten. Daß die Zahlungsmittelknappheit in Danzig keinen größeren Umfang angenommen habe, sei darauf zurückzuführen, daß die Reichsbank Danzig bisher vorausweise beliefert hat. Vom 1. bis 10. Oktober seien mehr als sechshundert Millionen Mark von Berlin nach Danzig geschickt worden. In den anderen Wochen seien ähnliche Mengen geliefert worden. Das habe aber nur geringen Erfolg gehabt, weil die Tausendmarkscheine mit einem Aufgeld nach Warschau gehandelt würden. Die Reichsbank habe deshalb die Herausgabe des städtischen Notgeldes angeregt. Die Ausgabe von Notgeld sei übrigens nichts neues. Danzig habe bereits 1914, 1916 und 1918 Notgeld herausgegeben, das gerne in Zahlung genommen worden sei. Wenn jetzt kein städtisches Notgeld herausgegeben würde, würden Banken und größere Industrieunternehmen zur Beseitigung der Geldknappheit Umlaufmittel herausgeben. Bisher seien vierhundert Milliarden Banknoten im Deutschen Reich im Umlauf. Davon entfallen auf Danzig etwa 1 Prozent. Durch die Herausgabe von 300 Millionen Mark städtisches Notgeld würde eine weitere künstliche Geldentwertung nicht herbeigeführt. Andere Gemeinden des Freistaates würden die Genehmigung zur Herausgabe von Notgeld nicht erhalten. Die Reichsbank habe sich bereit erklärt, das Danziger Notgeld jeder Zeit zu vollem Kurse in Zahlung zu nehmen. Durch ein Gesetz im Volkstage soll das Notgeld zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt werden.

Bedenken der Linken.

Stadtv. Mau (U.S.P.) lehnte im Namen seiner Fraktion die Vorlage ab. Danzig möge die Devisenverordnung des Deutschen Reiches einführen, damit das offene Loch im Osten verstopft werde. Das recht geplante Notgeld sei ohne gesetzliche Unterlage. Es könne niemand gezwungen werden, das Geld anzunehmen.

Stadtv. Gen. Spill erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion der Vorlage nur dann zustimmen könne, wenn die Gemäßheit vorhanden wäre, daß das Geld auch von den Geschäftskreisen angenommen wird. In früheren Jahren, namentlich 1914, hätten die Geschäftskreise sich geweigert, dieses Geld anzunehmen. Bevor man Notgeld herausgibt, müßten die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, daß das Notgeld im ganzen Freistaat als gesetzliches Zahlungsmittel gilt.

Die Aussprache war damit geschlossen. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß dann gegen die Stimmen der

Linken und der Polen 300 Millionen Mark Notgeld herauszugeben.

300 Millionen Mark Notgeld.

Ohne Aussprache wurde beschlossen, die Tarife der städtischen Fahren auf das Haupttaxi zu erhöhen. Die Fährten Schulienweg—Strobbel soll prägelegt werden.

Die Aufhebung der Privat-Vorschulen.

Ein dringlicher Antrag der deutschnationalen Stadtverordneten Frau v. Korfleisch forderte eine Aufhebung der Besätze der Lehrkräfte an den Privatschulen. Man möge diesen Lehrkräften dieselben Teuerungszulagen gewähren, wie sie die Lehrkräfte an den privaten Mittelschulen erhalten. Senator Dr. Strauß bat um Abichnung des Antrages. Der Antrag sei schon wiederholt abgelehnt worden. Die privaten Vorschulen seien nicht notwendig, da die Kinder, die diese Schulen besuchen, ohne Schwierigkeiten in die öffentlichen Grundschulen übernommen werden könnten. Die Mittel zur besseren Bezahlung dieser Lehrkräfte könnten dadurch angebracht werden, daß das Schulgeld erhöht werde. Wer seine Kinder privat unterrichten lasse, müsse dafür auch größere Mittel aufbringen. Stadtv. Mau (U.S.P.) erklärte, daß die Antragsteller keine allgemeinen, sondern nur persönliche Interessen verfolgten. Die Vorschulen würden aufrecht erhalten, um das System der Grundschulen zu sabotieren. Stadtv. Finkler (D. P.) erkennt die Notwendigkeit der Aufhebung der Vorschulen an, den Lehrkräften müsse aber geholfen werden. Stadtv. Jasse (D. P.) trat ebenfalls für Aufhebung der Privat-Vorschulen ein. Stadtv. Gen. Nordert erklärte, daß man der Linken nicht zuzustimmen könne, für die Vorschulen Mittel zu bewilligen. Wenn Arbeiter nach jahrelanger Tätigkeit bei Privatunternehmern arbeitslos werden, erhalten sie auch keine Extrainterraktion aus öffentlichen Mitteln, sondern fallen der Wohltätigkeitspflege anheim. Stadtv. Nahn gab den Lehrkräften den Rat, zu anderen Berufen überzugehen. Die Verammlung sah schließlich den Beschluß, den Senat zu ersuchen, den Lehrkräften der Vorschulen eine Aufhebung ihrer Besätze zu verschaffen.

Der Rest der Tagesordnung, darunter die Hausbaupläne, wurde vertagt. Schluß der Sitzung gegen 8 Uhr.

Danziger Nachrichten.

30 000 Mark Geldstrafe für Milchpantoffler.

Die Schlofferfrau Auguste Freitag in Danzig-Deubude hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Milchverfälschung zu verantworten. Sie besaß Kühe und verkaufte aus dem Hause Milch. Die Käufer glaubten, hier frische unverfälschte Milch zu erhalten, sahen sich aber darin getäuscht. Proben, die von dem Sachverständigen Dr. Rau untersucht wurden, ergaben, daß die Milch einen Wassergehalt von 20 Prozent hatte und ferner, daß ihr 44 Prozent des Fettgehaltes durch Entzähmen gewonnen war. Nach der Stichprobe war die Milch sogar besonders fettreich, denn sie enthielt 8,8 bis 9,9 Prozent Fettgehalt. Der Staatsanwalt beantragte gegen diese Milchpantofflerin eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten, die in 40 000 Mark Geld umgewandelt werden könne und eine Geldstrafe von 15 000 Mark. Das Gericht erkannte auf 30 000 Mark Geldstrafe.

Die Gehaltsbewegung des Stadttheaterpersonals hat durch die Bewilligung einer 170 prozentigen Erhöhung aller Gagen ihren Abschluß gefunden. Die Eintrittskartengänge werden vom 1. November um 100 Prozent erhöht. Die Mehraufwendungen an Gehältern werden dadurch und durch das Mehr an Luftbarkeitssteuern gedeckt.

Der Allgemeine Gewerkschaftsbund hielt am Montag im Gewerkschaftshaus seine Delegiertenversammlung ab. Roggenbuck erläuterte den Bericht vom Gewerkschaftskongress in Leipzig. Er gab in eingehender Weise einen Überblick über alle dort verhandelten Fragen. sowie über die mannigfachen Schwierigkeiten, die auf dem Kongress überwunden werden mußten. Er schloß seinen interessanten Bericht mit der Mahnung, die Anwendung aus den dortigen Beschlüssen auch für die Danziger Gewerkschaftsbewegung zu ziehen. In der Diskussion sprachen unter anderem Spill und Bartelowski. Ersterer kritisierte die Entwidlung der Berufsorganisations und ihre Umbildung in Industrieverbänden. Er warnte vor Ueberstürzung auf diesem Gebiete, damit Enttäuschungen erspart blieben. Die Abrechnung vom 8. Quartal sowie von der Masse wurden von der Tagesordnung abgesetzt, weil eine Anzahl Gewerkschaften nicht vertreten waren. Es fehlten die Delegierten der Buchbinder, Fleischer, Hausangestellten, Musiker, Steinarbeiter, Lithographen, Schiffszimmerer, Töpfer und Tabakarbeiter. Von 10 Delegierten der Transportarbeiter waren 5, von 9 der Metallarbeiter nur 1 Delegierter anwesend. Das Fehlen dieser Delegierten wurde scharf kritisiert. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß auch bei weniger wichtigen Tagesordnungen alle Delegierten zur Stelle sein müßten. Aufgabe der Gewerkschaften sei es, säumige Delegierte durch solche zu ersetzen, die ihre Pflichten in der Gewerkschaftsbewegung ernst nehmen. Der Vorsitzende Spill machte auf die am Montag, den 30. Oktober stattfindende Vorstandskonferenz aufmerksam und ersuchte für vollen Beschluß derselben Sorge zu tragen.

Aus dem Osten.

Warsburg. Ein unehelicher Polizeibeamter. Am vergangenen Sonntag wurde auf dem Bahnhof bei der Revision des Gepäcks durch einen Oberpostinspektor ein Rohwurstmachmesser aus Japan dabei betroffen, wie er wertvolle Waren über die Grenze mitzunehmen suchte. Er wurde verhaftet und dem Amtsgericht Sachhausen angeführt. Wenn das schon am „arthen“ Folge schreibt...

Abulberg. Die verunglückte Dehning. Mit der Dehning hat dem Minister Kommissar gehörigen Ansehens „Arten“ waren zwei Dehninge, „Arten“ und „Arten“ behaltend. Die Arbeiten waren schon ziemlich weit vorgeschritten, als am Sonntag plötzlich plötzlich einer der gewaltigen Balken, die zur Dehning über die beiden Dehninge gelegt waren, brach. „Arten“ bekam dadurch eine derart große Schwerkraft, daß sie Wasser übernahm und gleich sinken mußte. Man lebte aus dem Wasser zwei Stunden keine nicht nebeneinander voraus. Die Dehning der beiden Schiffe ist sehr kostbar und viel schwieriger geworden.

Stallupönen. Eine außerordentlich rohe Tat heutig der 12-jährige Schüler Aram Wader in Ostpreußen. Der sieben Jahre alte Wladimir Wader soll ihm Kopfe versprochen und nicht gegeben haben. Als er ihn traf verprügelte er ihn zunächst und ließ ihn in die Wanne, bis dieser demütig den Verzicht gab. Dann ließ Wader mit einem anderen Jungen den Verzicht auf den Handwagen, fuhr ihn nach dem Torstich und warf ihn hinein. Wader versuchte sich zu retten, was von den verruchten Jungen jedoch verhindert wurde, so daß er ertrinken mußte.

Posen. Eine polnische Konsularagentur ist in Posen, Admarstraße 20, errichtet, deren Kompetenz in Posen angelegentlich auf die Bezirke Posen, Posen, Posen, Posen und Posen erstreckt. Die Posen- und Posen- sowie Posen- und Posen-Bezirk. Die Personen betreffen, die in den oben erwähnten Bezirken ihren Wohnsitz haben, sind ab 1. November nicht mehr an das polnische Konsulat in Posen, sondern an die Konsularagentur in Posen zu richten.

Rolberg. Ein Großfeuer, wie es seit langer Zeit nicht zu verzeichnen ist, hat Rolberg heimgesucht. Es brach in der Schmelzstraße aus. In den alten Dachwerkhäusern brach das Feuer schnell um sich und fand reichlich Nahrung. Die Häuser von Rolberg ist vollständig niedergebrannt. Ein anderes Haus ist gänzlich angedreht, ein drittes hat nur im Dachstuhl schwere Beschädigungen durch Feuer und Wasserschaden erlitten. Ein drittes ist ebenfalls abgebrannt.

Oranienburg. In der Wohnung überfallen wurde in einer der letzten Nächte ein Herr Swalle. Zwei Diebstahler nahen sich, mit einem Messer bewaffnet, dem Wohnungsinhaber, der nach im Bett lag, und verlangten Geld. Ohne Widerstand zu leisten, handigte er 1000 polnische Mark aus. Darauf ließen sich die Diebstahler in der Wohnung herumführen und erzwangen eine Herrenuhr, eine Lederkappe und einen Regenmantel im Werte von 1000 Mark. Die Diebstahler entzogen unerkannt.

Aus aller Welt.

Eine Dodergerilde in England. In Aberdeen wurde ein Versuch gemacht, der für die Organisation des britischen Transporterwerbes von größter Bedeutung werden kann. Mit den Arbeitsbedingungen unzufriedene Dodergerilde kamen bei dem Vorstand ihrer Organisation um die Bewilligung zur Gründung einer Gilde ein. Diese soll die Arbeit der Dodergerilde selbst organisieren und ablehnen, ihre Arbeitskräfte privaten Arbeitgebern zur Verfügung zu stellen. Der Vorstand bewilligte das Gesuch. Es wurde nun eine Bewegung eingeleitet, die sich zum Ziel setzt, dieses Entschlossen in andere Häfen einzuführen. Es wurden auch bereits Pläne zur Ausführung, um die verschiedenen Bestrebungen zusammenzufassen, so daß der Plan zunächst auf nationaler Basis weitergeführt wird.

Die „erste fliegende“ Frau. Gestern nachmittags gelang es dem Ingenieur Benken am Ufer der Wasserkuppe bei Dersfeld bei sehr schwachem Schwind eine Expedition von 20 Personen zu organisieren. Er stellte damit eine neue Weltleistung auf, denn bisher ist es niemandem gelungen, an einem Ort in schwachem Schwind mit einem Besatzungsmitglied zu fliegen. Ein israelitischer Danks aus Mandebura hielt sich als erste motorisierte fliegende Frau der Welt fünf Minuten lang in der Luft.

Ein mysteriöses Verbrechen. Mit einem mutmaßlichen Kapitalverbrechen beschäftigt sich die Kriminalpolizei in Talsburg. Vor etwa einem Monat wurde plötzlich die 18-jährige Cornelia Pöster vermißt. Das Mädchen war zu einer Heilanstalt gekommen, und von dort nicht wieder zurückgekehrt. Jetzt wurde die Leiche der Vermissten aus dem Rhein gelandet. Es besteht kein Zweifel mehr, daß das Mädchen einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Am Morgen nach der Feststellung war sie zuletzt um 4 1/2 Uhr gesehen worden, anheimelnd auf der Straße vor einem sie verfolgenden Mann. Schiffer und Anwohner des Fischelamps haben auch um die angegebene Zeit Hilferufe gehört. Eine weibliche Stimme rief: „Halt mich, du willst mich ja ertränken!“ Die Kriminalpolizei hat bereits eine Spur gefunden, die zur Aufklärung des Verbrechens führen dürfte.

Vom Landrächt zum Straßenzünder. Der frühere Altkamerant und Polizeibeamte Reinhold Böning hatte sich wegen zahlreicher Raubüberfälle vor dem Schwurgericht in Berlin zu verantworten. Er hatte eine bewusste Vergehensweise hinter sich. Bei der Marine hatte er neun Jahre gedient und durch Selbstunterricht das Einjährig-Heugnis sich erworben. Während des Krieges brachte er es bis zum Marineflugzeugführer. Später diente er in der Vermont-Armee als Altkamerant, zuletzt war er in Berlin bei der Polizei angestellt. Als ihm der Dienst zu schwer wurde, nahm er den Abschied und verband sich mit einem Schlächtergehilfen Schusterstraße zu Raubüberfällen. Er erhielt wegen verschiedener Raubüberfälle je 6 1/2 Jahre Zuchthaus. Inzwischen ist er auch wegen der übrigen Fälle bereits abgeurteilt worden und hat eine Gesamtstrafe von 10 Jahren Zuchthaus zu verbüßen. Er werden sehr selten weitere Raubüberfälle zur Voh gelegt. Vor Gericht spielte er nunmehr den „Alten Mann“. Das Urteil lautete gegen ihn auf 4 Jahre Zuchthaus zusätzlich zu der bereits erkannten Zuchthausstrafe von 6 1/2 Jahren.

Ein nettes Arrschelchen. Während gereifte und sittlich geachtete Charaktere unter den Handels- und Bankangestellten einen Anspruch auf Vertrauensstellungen hätten, müssen sie immer wieder erleben, daß sich die Wirt der „Obere“ und Pöster oft ganz jungen ungenügenden Kräften zuwenden, mit denen dann das Geschäft eines Tages die übelsten Erfahrungen machen muß. Einen solchen Fall hat jetzt wieder ein bekanntes Berliner Bankhaus erlebt. In dem Berliner Bankhaus stellten sich dieser Tage im Zentralbureau, dessen Vorsteher ein 25-jähriger Siegfried G. M., ardhäre Unregelmäßigkeiten heraus. Auf Grund eingehender Kontrolle der Bücher wurde darauf der 25-jährige „Vorsteher“ von der Kriminalpolizei verhaftet. Seit Juni d. J. eignete G. sich nach und nach etwa 3000 Dollar aus dem Guthaben seiner Bank an, um sie für seine Zwecke zu verwenden. Mit diesem

...tionen und brachte es schließlich auf mehrere Millionen deutsche Reichsmark. Er kaufte sich nach und nach zwei Automobile, ein Motorrad und richtete sich in einem Vorort Berlins eine Villa hochherrlich ein. Als man seinen Veruntreuungen auf die Spur kam, versuchte er die ganze Affäre recht harmlos hinzustellen und entschuldigte seine Verfehlungen damit, daß er sich die Dollarbeiträge nur geliehen habe. Als die Leiter der Bank darauf auf sofortige Rückzahlung dieser Schuld drangen, war er in der Lage, nur 2000 Dollar herbeizuschaffen. Durch die sofortige Beschlagnahme sämtlicher Wertpapiere des G. dürfte der Schaden des Bankhauses gedeckt sein. G. ist in vollem Umfange nun doch gefänglich, die Millionenbeiträge unterschlagen zu haben.

Das verfluchte Nadium. Ein merkwürdiger Miasmafall beschäffte kürzlich die Heapeyer Gerichte. Eine Frau Beatrice Concetta ließ sich von dem Chirurgen Professor Solnet wegen eines Mundgeschwürs behandeln. Der Professor verwendete dazu ein Stückchen Nadium. Dieses fiel in die Mundhöhle der Frau und wurde von ihr verschluckt. Epineß nahm darauf eine schwere Operation vor, um das Leben der Dame zu retten und das Nadium, das einen Wert von 70000 Lire hat, wiederzugewinnen. Die Operation gelang. Doch stellten sich in der Folge bei der Patientin Darmgeschwüre ein. Die Dame hat jetzt aus diesem Grunde gegen Professor Epineß eine Klage wegen Körperverletzung angedreht.

Ein 18 wöchiger Todeskampf in der Schneewüste. Eine Geschichte von geradem übermenschlichen Entschlossenheit und unglaublicher Widerstandskraft, die wohl nirgends in dem Kampf des Menschen gegen die Unbilden des Polargebietes seinesgleichen findet, wird aus Edmonton, Alberta, gemeldet. Eine Patrouille der kanadischen berittenen Polizei fand auf einer Insel im Mackenziefluß einen Mann, der sich dort 18 Wochen lang gegen das Verhungern gewehrt hatte. Dem Unglücklichen, einem 55-jährigen Holzarbeiter, waren in einem Schneesturm beide Beine erfroren. Er konnte keine kleine Kütte den ganzen Winter über nicht verlassen. Der Gebrauch seiner Felle verbrannt, lag er die ganze Zeit auf seinem Bett und konnte nur einen Saft mit Getreide erreichen. Mit unendlichen Mühen hatte er durch den trockenen Rehm der Stüttenwand einige Löcher gearbeitet, so daß etwas Schnee hereinfließen konnte. Aus diesem Schnee und dem Getreide machte er sich nun einen Brei, und das war seine ganze Nahrung durch 18 Wochen. Vergebens versuchte er ein Feuer anzuzünden. Die Schmerzen in den erfrorenen Füßen waren so schrecklich, daß er sich schließlich alle Fehen seines linken Fußes mit seinem Taschenmesser selbst amputierte. Als man ihn fand, war der Fuß ganz verrotten und mußte abgenommen werden.

Veranstaltungs-Anzeiger

- Deutscher Holzarbeiter-Verband.**
Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal Steyphin, Versammlung der organisierten Holzarbeiter der Privatbetriebe, Tagesordnung: Entscheidende Stellungnahme in unserer Lohnfrage.
- Deutscher Bauarbeiter-Verband.**
Mouret! Donnerstag, den 26. Oktober, nachmittags 3 Uhr bei Schmiede, Schillingstraße 8: Mitgliederversammlung.
- Dreie Turnerstaffel Langfuhr.**
Donnerstag, den 26. Oktober, abends 7 Uhr: Mitgliederversammlung im Kleinhammerpark, Marienstraße 13.
- Gesangsverein Liedertafel Thra.**
Die Übungsstunden finden im Lokale „Zur Etabank“ am Montag von 7.30 bis 9.30 Uhr abends für Männerchor, am Donnerstag von 7.30 bis 9.30 Uhr abends für gemischten Chor statt. Darselbst werden Mitglieder für die einzelnen Chöre aufgenommen.

Bewerkstelligtes.

Ein gewerkschaftliches Kassenunternehmen in Mexiko. In den beiden bedeutendsten Seehäfen Mexikos, in Tampico und Vera-Cruz haben die organisierten Dock- und Hafenarbeiter eine eigene Gewerkschaft begründet, um das Leben und Widen von Schiffen auf eigene Rechnung und Gewinn zu betreiben. Die Regierung des mexikanischen Staates hat das Kassenunternehmen von Tampico einen Kredit von 100000 Pesos zur Verfügung gestellt. Trotz der Krise hat die Gewerkschaft seit dem 1. Mai d. J. bereits 35000 Pesos zurückzahlen können — sicherlich ein Beweis für die Rentabilität des Arbeiterunternehmens. Die Gründung der Arbeitergewerkschaft in Vera-Cruz erfolgte auf Anregung der Gewerkschaft in Tampico. Die Klärung der Verhältnisse der Kameraden von Vera-Cruz eine Gesamtsumme von 2000 Pesos zur Verfügung zu stellen, die von der mexikanischen Schiffsgesellschaft Compania Naviera Mexicana gefordert worden war, mit der die Gewerkschaft von Vera-Cruz einen Vertrag für

Der Büttnerbauer

Roman von Wilhelm von Polenz

„Guten Tag, mein lieber Herr Kaschel!“
Die beiden Männer lachten sich an wie zwei, die einander genau kennen, und schüttelten sich kräftig die Hände. „Nicht lange nicht mehr bei uns gewesen, Herr Barrasomig!“
Der Bäcker blinzelte den Gastwirt in die schlauen Augen und meinte, er wolle sich hier drauhen nur mal ein bisschen nach den „Ernteaussichten“ umsehen. Kaschelernt lächelte über diese Bemerkung, als sei das her beste Witz, den er seit langem gehört habe.
Der Wirt schickte Titillie nach Blättern, er selbst holte eine Maßke herbei. Den Getreidekimmeln mußte Barrasomig mal kosten, das sei was Extrafines. Er schenkte ein.
Man sprach über die Felder, über Weizen und Weizen. Aber das waren alles nur Plänkelfetzen. Die beiden konnten und mußten sich, Kaschelernt mußte ganz genau, daß der Händler nicht um Schwätzereien willen nach Halben ankommen sei. Einmalen gellte es aber beiden, sich mit solchem Versteckspiel zu unterhalten.
Zum Schluss endlich erlosch das Sprechen, was er da durch bedeutete, daß er näher an den Gastwirt herandrückte und die Schuppe seines Kaschelernt schickte die Tochter die sich hinter den Schenke zurückgezogen hatte, hinaus: nun konnte ein vernünftiges Wort unter Männern gesprochen werden.
Der Händler erkundigte sich nach den Verhältnissen der verbliebenen Personen. Wirt, Gastwirt, Gastwirt, Kaschelernt konnte keine Antwort auf die Frage eines schadenfrohen Menschen. Man konnte ihm den Kopf nicht ansetzen mit dem im Unvollständigen und Dummheit seiner Antworten.
Denn er von einem Bauer erzählte, der vor dem Winterabend hand, lächelte er. Er lächelte auch, als er berichtete, daß ein anderer Bauer an seine Schwemme gelegt habe. Und anzuwenden warte er sich geradezu vor Schaden, als er dem Gastwirt hinterhersehen konnte, ein Pöster behauptete, habe sich rechtlich aufbewahrt, weil ihm die Blätter die es aus dem Stalle weggeraubt hatten.
Kaschelernt schien alle Sinne in der Hand zu verlieren und über die Verhältnisse von allen Heide zu wissen. Barrasomig konnte mit größter Interesse, ja mit einer gewissen Andacht, als verkehrte Leiter ein Gespräch. Wenn er erklärte, der Bauer Sonntag werde sich nicht länger als höchstens noch zwei Jahre halten, oder der und der sei

...durchaus kreditfähig, da er einer sicheren Erbschaft entgegenstehe.
Man hatte bereits mehrere Glas von dem Kimmeln verlitigt, welcher dem Händler zu schmecken schien.
Endlich schien Barrasomig genug Weisheit eingefogen zu haben, er erhob sich. Er habe noch einen kleinen Gang ins Dorf vor, erklärte er.
„So, so!“ meinte Kaschelernt. „Hier in Halben ist doch recht nicht zu machen für Sie.“
„Ach, doch! — Ach will mir mal 'n Bauerngut ansehen.“
Kaschelernt zwigte die Ohren. Aber beiseite wollte er sich keine Meinung anmerken lassen. „Welches denn?“ fragte er schüchtern nebenhin.
„Sam tat, als habe er die Frage überhört. „Es soll ein schönes Gut sein.“ meinte er. „Recher, Wissen, alles prima! Auch die Gebäude im Stalle. Natürlich sind tüchtige Schulden drauf. Die Bauern sind ja alle verschuldet. Ich will mir's mal ansehen.“ damit wollte er gehen.
„Dah Sie sich nur nicht verlaufen in Halbenau, Barrasomig!“ sagte Kaschel, ihm folgend. „Hier giebt's viele Wirt, große und kleine. In wem wollen Sie denn?“
„Auf das Bauerngut!“
Kaschelernt suchte mit seiner Wimper, als er den Namen seines Schwagers hörte. Barrasomig stierte ihn schars. „Nennen Sie das Gut? Ich interessiere mich dafür.“
Der Wirt suchte die Absicht und nahm eine geheimnisvolle Miene an. Er durfte nichts sagen, meinte er, der Besucher sei sein Schwager.
„Ihr Schwager, Herr Kaschel!“ rief der Händler mit gut gehobelnem Ersinnen. „Das ist mir ja hochinteressant zu hören.“ Ich habe dem Manne nämlich Geld verschafft. Das ist mir sehr lieb, daß Sie mit ihm verhandelt sind; sehr lieb ist mir das! Nun ist mir der Bauer noch einmal so viel wert, denn Sie werden Ihren Schwager doch nicht sehen lassen in der Verleide — was?“
Kaschelernt machte ein ganz dummes Gesicht. Es war so dumm, daß man die Pösterlichkeit, die sich dahinter verbar, leicht merkte. Der Händler lachte hell heraus, und der Wirt stimmte ein. Sie hatten einander wieder einmal erkannt, die beiden Wirtsmänner.
„Ja, ich will mir's mal ansehen, das Gut Ihres Herrn Schwagers.“ sagte Barrasomig, ließ sich den Weg beschreiben und schritt dann die Dorfstraße hinab.
(Fortsetzung folgt.)

...aus dem Osten.
...Aus aller Welt.
...Bewerkstelligtes.
...Der Büttnerbauer

Danziger Nachrichten.

Zusammentritt des Volkstages.

Einigen den Beratungen, den Volkstag erst am 2. November wieder einzuberufen, ist der Volkstag zu Bräutigam nachmittags 3 Uhr zu einer Sitzung eingeladen worden. Die Tagesordnung enthält nur einen Beratungspunkt und zwar die Beratung eines Gesetzentwurfs über die Klärung von Stadtschulden zum gesetzlichen Zahlungsmittel. Der dem Volkstag gleichzeitig überreichte Gesetzentwurf des Senats hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Der Senat wird ermächtigt, Notgeldscheine der Stadtgemeinde Danzig deutscher Reichswährung in Abschnitten von 100, 500 und 1000 Mark mit Zustimmung der Danziger Stadtverordnetenversammlung auszugeben und in Umlauf zu setzen.

§ 2. Die Notgeldscheine sind gesetzlich Zahlungsmittel. Sie werden bei allen öffentlichen Kassen der Freien Stadt nach ihrem Nennwert in Zahlung angenommen. Die Einlösung der Scheine erfolgt in deutscher Reichswährung.

§ 3. Vor der Ausgabe der Scheine ist eine genaue Beschreibung im Staatsanzeiger für Danzig bekanntzugeben.

§ 4. Dies Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

In der Begründung des Gesetzentwurfs wird gesagt: Zurzeit herrscht in Deutschland und dem der östlichen Reichswährung unterliegenden Gebiete des Reichslands ein großer Bedarf an Zahlungsmitteln, dem die Reichsbank in Berlin nicht in vollem Umfange durch Herstellung neuer Geldscheine nachzukommen vermag. In fast allen Städten der deutschen Reichswährung ist man daher dazu übergegangen, zwecks Abhilfe häßliches Notgeld in größeren Serien und Mengen auszugeben. Für Danzig erscheint die Ausgabe von Notgeldscheinen in Abschnitten von 100, 500 und 1000 Mark geboten. Die Scheine sollen auf Reichswährung lauten und sind in gleicher Währung rückzahlbar. Eine eigene Währung wird also durch diese Scheine in keiner Weise geschaffen. Damit die Scheine im Privatbetrieb von jedermann angenommen werden müssen, ist es nötig, sie zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu erklären.

Der Verkehr mit Opium.

Danzig ist am 18. April 1922 dem Internationalen Opiumabkommen vom 23. 1. 1912 beigetreten und hat damit die Verpflichtung zum Erlaß eines Gesetzes zur Ausführung dieses Abkommens übernommen. Der Senat hat deshalb dem Volkstag einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorgelegt, der sich an das im Deutschen Reich erlassene Gesetz anlehnt. Danach unterliegt die Einfuhr, Ausfuhr, Herstellung und Verarbeitung, sowie der Verkehr mit Opium einer behördlichen Aufsicht. Die Abgabe von Opium darf nur auf Grund eines auf den Namen des Erwerbers lautenden Bezugsscheins erfolgen. Die Ein- und Ausfuhr von Opium und verwandten Stoffen ist nur für bestimmte Orte zulässig. Die Ausfuhr nach den Ländern, Besitzungen, Kolonien und Pachtgebieten der Mächte, die dem Opiumabkommen beigetreten sind, ist nur unter Beachtung der Bestimmungen zulässig, die von den Einfuhrländern für die Einfuhr dieser Stoffe erlassen sind. Die Einfuhr und Ausfuhr, die Herstellung sowie jegliches Inverkehrbringen von zubereitetem Opium (Rauchopium) ist verboten. Unter das Verbot fallen auch der sogenannte Droß und alle anderen Rückstände von Rauchopium. Für Übertretungen des Gesetzes werden Gefängnisstrafen bis zu sechs Monaten und Geldstrafen bis zu 100 000 Mark angedroht.

„Brot ausverkauft!“

heißt es in vielen Bäckereien Danzigs am Sonnabend, sobald bekannt wird, daß am Montag ein Brotpreiserhöhung eintritt. Erst am Montag ist dann wieder Brot zu haben. In einer kleinen Umfrage wird der Senat gefragt, was er zu tun gedenkt, um diesem Uebelstande abzuwehren und zu verhindern, daß die Bevölkerung Sonnabend und Sonntag ohne ein Hauptnahrungsmittel, das Brot, bleibt.

Schon wieder Fahrplanänderungen im Porortverkehr.

Fahrpläne werden gewöhnlich nach reiflicher Überlegung und genauer Berechnung aufgestellt. Im Dezember für den Porortverkehr bei der polnischen Staatsbahndirektion scheint

Konzerte.

Im Sopotter Theateraal, der kaum mehr als halbgelüllt war, sang gestern Carl Fleming im Schilde von zahlreichen Ordensbändern und den hohen Titeln eines „Professors“ und „Kammerlängers“ Wagner-Arien. Für jene, die wußten, daß der Sänger noch vor gar nicht langer Zeit (Schauspieler war er später ja) und kurzweilig auch wohl zur Laute sang, gab es eine erhebliche Ueberraschung. Fleming erwies sich im Besitze eines selten schönen, echten Sopranensorgs von noch mehr Iyrischem Charakter. Dem entsprechend waren auch die von dem Sänger ausgewählten Stücke. Steht man von der für einen Menschen von Kultur verkehrenden Tatsache eines „Wagner-Abends“ ab, so will es schon etwas Falsches, wenn der Konzertsänger durch seine Darbietungen in hohem Grade zu fesseln vermocht. Freilich ist es lediglich das Organische, mit dem er besaß, aber man hat heute nicht zu oft Gelegenheit, sich an einer wirklich schönen Tenorsstimme zu erfreuen. Carl Fleming sang zuerst das „Bebet aus „Nienal“, mit dem er sich nur mäßig befreundet hatte und das ein noch nicht völlig tragendes Piano zeigte, wann aber dann mit „Dohengrin“-Arien mehr und mehr einen Boden und zeigte in der Brassergählung bereits über den schon erwähnten Vorzügen eines herrlich metallischen und kraftvollen Organs auch bereits beträchtliche Gesangsstärke. Der Sänger fand denn auch lauten und ehelichen Beifall. Später hat er dann noch Stücke aus den „Meistersingern“ gesungen, die ich nicht mehr gehört habe, ebenso wie den von Hilt für Klavier besetzten „Nieder- und Hohen“, mit dem der Pianist Carl Friedrich Hiller

Der für heute angekündigte Lichtbilder-Vortrag des Arbeiter-Bildungsvereins war ausfallen, da die Lichtbildserie noch nicht eingetroffen ist. Der neue Vortragstermin wird noch bekanntgegeben.

Bewußtlos und angetroffen aufgefunden.

wurde am Sonntag abend gegen 11 Uhr durch Beamte der Schuppolizei auf der Hammerstein Chaussee auf dem Bürgersteig ein den besseren Ständen angehöriger, etwa 35-jähriger Mann. Der Betreffende wurde zur Kaserne geschafft und Wiederbelebungsvorläufe angefaßt, jedoch gelang es nicht, ihn wieder zum Bewußtsein zu bringen. Da außer einem kleinen Messer nichts von Wertgegenständen wie Uhr, Geld oder Papiere gefunden worden ist, liegt die Vermutung nahe, daß der Betreffende einem Raubüberfall zum Opfer gefallen ist, zumal ein Augenzeuge berichtet, etwa 10 Minuten vor Auffinden des Betreffenden ein Auto aus Sopot kommend beobachtet zu haben, das mit einem schwarzen Hund an der betreffenden Stelle gehalten hat um gleich darauf in Richtung Danzigs weiter zu fahren. Aus der Bewußtlosigkeit des Angetroffenen und der Suche, die keine Spur von Sitzgelegenheit aufwies, kann angenommen werden, daß der Aufgefunden aus Sopot kommend schon im Auto überfallen, ausgeraubt und an der betreffenden Stelle abgesetzt worden ist. Da keine Papiere vorgefunden wurden, ließ sich über die Persönlichkeit des Betroffenen nichts feststellen. Die Unterwache (Gend) war K. A. gekennzeichnet. Der Aufgefunden wurde dem Städtischen Krankenhauses übergeben, wo er heute morgen noch nicht voll vernehmungsfähig war. Er hat nur ganz leise flüsternd seinen Namen angeben können; etwas anderes ist aus ihm nicht heraus zu bekommen. Soweit festgestellt werden konnte, handelt es sich um einen gewissen Alfons Kaminski.

Erhöhung der Tariffäge im Güter- und Tierverkehr auf den Eisenbahnen. Die polnische Eisenbahnverwaltung beabsichtigt, mit Wirkung vom 15. Oktober 1922 auf den Eisenbahnen im Gebiete der Freien Stadt Danzig die Tariffäge des Güter- und Tierverkehrs durch Erhebung eines Aufschlags von 60 v. H. zu den zurzeit geltenden Tariffägen zu erhöhen. Die Erhöhung ist notwendig, um die Tariffäge auf den Eisenbahnen im Gebiete der Freien Stadt Danzig mit den auf den deutschen Eisenbahnen geltenden Tariffägen, die am 15. Oktober um 60 v. H. heraufgesetzt wurden, auch weiterhin in Übereinstimmung zu halten.

Nachwirkungen des Indernotgesetzes. In einer Eingabe an den Volkstag beantragt die Danziger Margspanmassen- und Kakao-Fabrik „Saturn“ (Ewald Doering) in Danzig Ersatz des Schadens, der durch die Beschlagnahme von 75 Sackten Zucker entstanden ist. Der Wirtschaftsausschuss hat beschlossen, die Eingabe dem Senat als Material zu überweisen.

Verdorbene Eier verkauft. Die Sändlerin Helene Tiedeb in Danzig hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz und Betruges zu verantworten. Sie verkaufte an eine Frau 15 Eier, von denen sich 9 als verdorben erwiesen. Sie will beim Verkauf gesagt haben, daß die Eier nicht mehr einwandfrei sind. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu 300 Mark Geldstrafe wegen wissenschaftlichen Verkauf verdorbener Nahrungsmittel und Betruges.

Polnischer Besuch. Der Schlosser Proszynski aus Warschau besuchte Danzig mit seinem Besuch und verweilte sich Einlaß in eine fremde Wohnung. Der Wohnungsinhaber war mit seinem Schwiegersohn ausgegangen, und als beide abends heimkehrten, fanden sie die Wohnungstür offen. Kurz darauf huschte an ihnen eine Gestalt vorüber, die ihnen zurief: Es ist noch einer da. Tatsächlich war aber niemand weiter in der Wohnung, und der Zuruf sollte nur von der sofortigen Verfolgung des Besuchers ablenken. Er wurde aber verfolgt und sofort ergriffen. In der Wohnung hatte er bereits ein Bündel Kleidungsstücke zusammengeschnürt. Am nächsten Morgen bemerkte man, daß noch eine Hase fehlte. Eine Nachforschung

München den zweiten Teil des Programms eröffnete und der mit der gleichfalls von Hilt bearbeiteten Spinnrockel-Paraphrase wenig zu interessieren vermochte; doch kam das auch wohl sehr auf das Konto des sogenannten Konzertsflügels, der dem Orchester zur Verfügung stand.

Zu gleicher Stunde hatte der Danziger große Säulenhallenaal das erste populäre Orchesterkonzert der Wilhelmsmischen Gesellschaft bis auf den letzten Nagel besetzt. Ich konnte aus dem schönen Programm leider nur noch Regers' berühmte „Mazur-Partialitäten“ hören, die mir allerdings nicht ganz so klar und auffenbar gerieten, wie sie im letzten Winter. Später hörte ich, daß Herrn Prijs gezwungen war, mit nur einer Probe das Konzert zu geben und dafür ist die von ihm geleitete Besetzung sehr hoch zu bewerten. Denn der Dirigent hatte mit einem großen Stamm von Orchestermitgliedern zu rechnen. Von anderem Gesichtspunkte aus ist es aber sehr zu bedauern, daß dieses erste Konzert, dessen Eintrittspreise den Minderbemittelten Gelegenheit boten, gute Musik zu hören, durch mangelhafte Vorbereitung nicht die Qualität zeigte, wie bei früheren Konzerten. Die maßgeblichen Stellen haben erhöht in den argenwärtigen Zeitläuften, die dem wirtschaftlich schwer bedrängten Mittelstand es ohnehin mehr und mehr unmöglich machen, sich kulturelle Feiertage zu schaffen, die Pflicht darauf zu halten, daß alle Gemächte, ob sie nun von Umständen oder einzelnen Personen herühren, mit letzter Rücksichtlosigkeit beseitigt und jene Leute mit ganzer Kraft unterstützt werden, die ihre Zeit und Arbeit opfernd in den Dienst der Volkswildung stellen. Wilhelm Dmanowski.

Es war einmal ein kleines Mädchen, das eine in dem Konditorei und Kaffee für A. Frenck aus Danzig. Es bekam es so viel, daß es sich zu den Mägen verhielt. Vor Jahren lebte ein ganz kleiner Junge, der heute in einem Krämerladen für einen Penny eine kleine getraut, die wirklich schön war, und sollte eine tolle Frau daran geliebt...

Mädchen aus neuer Zeit.

Es war einmal ein kleines Mädchen, das eine in dem Konditorei und Kaffee für A. Frenck aus Danzig. Es bekam es so viel, daß es sich zu den Mägen verhielt. Vor Jahren lebte ein ganz kleiner Junge, der heute in einem Krämerladen für einen Penny eine kleine getraut, die wirklich schön war, und sollte eine tolle Frau daran geliebt...

Vor vielen, vielen Jahren lebte ein „wunderlicher“ Bauermeister. Das war ein gar wunderbares Stück, denn es unterhielt mit 18 Mark Wochenlohn seine ganze Familie.

Alle, sonst aber unverlässige Leute behaupten, daß es einmal eine Zeit gegeben habe, in welcher eine Schachtel 100 Heller 1 Penny gekostet haben soll. Dann seien alle Häuser braunbar gewesen. (Warnung: Hier muß irgendwelche Vermischung vorliegen, denn die Geschichte klingt zu unglaubhaft.)

Von einigen alten Frauen hört ich eine Sage, die sich ihrer großen Unwahrscheinlichkeit wie hier verhalten möchte. In grauen Zeiten sollen Kaufleute ihren Frauen Kundinnen zum Weihnachtsfest Geschenke, als: Zucker, Kaffee, Schokolade, Reis, Tee usw. gemacht haben. (Von alten Frauen verwechseln die Sage gewiß mit der Geschichte vom Schlaraffenlande.)

Die Gewerkschaft der Eisenbahnbeamten und Auswärtiger hielt kürzlich ihre erste ordentliche Hauptversammlung ab. Die Arbeitsleistung des bisherigen geschäftsführenden Vorstandes wurde dankbar anerkannt. Das mit dem Danziger Beamtenbund abgeschlossene Kartellverhältnis und insbesondere der Abschluß einer Arbeitsgemeinschaft mit den anderen Eisenbahnorganisationen, dem Deutschen Eisenbahnerverband und der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter, wurde mit Freuden begrüßt. Nach Annahme der Satzung wurde der neue Vorstand, der sich wie folgt zusammensetzt, einstimmig gewählt: 1. Vorsitzender: Eisenbahnbeamtenführer Jwata. 2. Vorsitzender: Verwaltungsdirektor Dentsch. 1. Schriftführer: Eisenbahnoberinspektor Becker. 2. Schriftführer: Kolonistführer Meßner. 1. Kassierer: Eisenbahnassistent Pleznitzki. Der Vorstand wurde beauftragt, bei den maßgebenden Stellen mit Nachdruck dafür einzutreten, daß die Entscheidungen des hohen Kommissars vom 15. August 1921 und 5. September 1921 und das Abkommen vom 22. Oktober 1921 zwischen der Danziger und der polnischen Regierung, betreffend die Eisenbahnbediensteten, in allen Punkten durchgeführt und beachtet werden. Jedem Versuch einer Durchbrechung oder Nichtachtung der getroffenen Vereinbarungen soll der schärfste Widerstand entgegengesetzt werden.

Vollzeitsbericht vom 25. Oktober 1922. Festgenommen 15 Personen, darunter: 3 wegen Diebstahls, 1 wegen Betruges, 8 wegen arabischen Unfugs, 1 zur Festnahme aufgegeben, 3 in Vollzeitshaft. Obdank: 4 Personen.

Kleine Nachrichten.

Wieder einem das Maul geklopft. Der Staatsgerichtshof verurteilte den Kaufmann Gustav Goethe aus Halle wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert und des Reichstanzlers Dr. Meißner zu 6 Monaten Gefängnis und zu den Kosten des Verfahrens. Den Beleidigten wird außerdem die Publikationsbefugnis zugesprochen. Der Angeklagte hatte in einer nationalistischen Verleumdung die Mitglieder der Regierung als Lumpen und Schieber bezeichnet, die bestraft werden müßten. — Der Oberreichsanwalt beim Staatsgerichtshof hat auch gegen den Pfarrer Traub ein Verfahren wegen Beleidigung des Reichspräsidenten eingeleitet.

Die erhöhte Versicherungsprämie für die Angehörigen der Versicherung. Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages genehmigte eine Verzinsung der Prämien, nach der die Versicherungsprämie für die Angehörigenversicherung ermäßigt auf 80 000 Mark festgesetzt wird.

Nur allerschlimmste Schick nach Amerika. Das Repräsentantenhaus hatte bekanntlich ein Gesetz angenommen, wonach innerhalb der Dreimonatsfrist auf allen Schiffen kein Alkohol geführt werden darf und evtl. Vorräte beschlagnahmt werden. Gegen dieses Gesetz hatten die franklinischen Schiffahrtsgesellschaften Einspruch erhoben, der jetzt verabschiedet worden ist. Die Schiffahrtsgesellschaften sollen jedoch berechtigt sein, den für das Paragraf 10 des Gesetzes festgesetzten notwendigen Alkohol an Bord anzubringen.

Standesamt vom 25. Oktober 1922.

Todesfälle: Frau Jeanne Gies geb. Salomon, 70 J. 1 M. — Pastorale a. D. Ferdinand Brack, 73 J. 9 M. — Lokomotivführer a. D. Rudolf Reisinger, 78 J. 6 M. — Schneider Josef Goga, 67 J. 7 M. — Arbeiter a. D. Thomas Raschke, 70 J. 7 M. — Witwe Maria Rißler geb. Erlomski, 74 J. 8 M. — F. des Kaufmanns Hermann Bergner, 10 J. — Witwe Anna Hoffmann geb. Bürgel, 65 J. 8 M.

Seutiger Deutschenland in Danzig.

(Wiederkehrt um 12 Uhr mittags.)
Deutsche Mark: 35 — am Sonntag: 35 —
Amer. Dollar: 425 — „ „ „ 4200 —
Englischer Pfund: 20000 — „ „ „ 19800 —

Verantwortlich für Politik: Ernst Lappé, Danzig.
Für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil: Fritz Weber, Danzig.
Internete: Anton Götter, Danzig.
Druck von J. Wehler & Co., Danzig.

Handel und Weltwirtschaft.

Erhöhung der deutschen Meeresabfindung. Die entschädigungsberechtigten deutschen Meeresfahrer, die während der letzten Weltwirtschaftskrise in den Jahren 1918, 1919 und 1920 für die an die Entente abgelieferten Schiffe mit einem Betrag von 11 Milliarden abgefunden wurden, erhalten nunmehr gemäß einem vor einigen Tagen gefällten Schiedspruch zwischen der Schiffsbau-Verbandsunion und dem Reich eine Aufbesserung in Höhe von 18 Milliarden, die als Ausgleich gegen die inzwischen eingetretene Wertminderung gedacht ist, und die die Durchführung des Wiederaufbauprogramms, wie es ursprünglich geplant war, gewährleisten soll. Bekanntlich sah der Meeresabfindungsvertrag den Wiederaufbau der deutschen Flotte, der abgetretenen Schiffe zu einem Dritt. war. Voraussetzung für die letzte Neuverteilung ist, daß das Preisniveau sich gegenüber dem 1. Januar 1914 nicht grundlegend verändert hat. Wenn diese Voraussetzung real ist eine Opposition, die in der Hauptsache wohl von der Seefahrt ausgeht, dürfte sich nicht abfinden lassen. Die in der Hauptsache wohl von der Seefahrt ausgehenden, sondern nicht abfinden lassen. Die in der Hauptsache wohl von der Seefahrt ausgehenden, sondern nicht abfinden lassen.

Die Aufbesserung des internationalen Seerechts. Am 17. Oktober trafen auf Einladung der belgischen Regierung Vertreter der Regierungen der am Seehandel beteiligten Mächte zu einer internationalen Seerechtskonferenz in Brüssel zusammen. Es werden damit die Vorarbeiten wieder aufgenommen, die durch den Krieg unterbrochen waren und dem allgemeinen Wunsch der am Seehandel beteiligten Staaten und Wirtschaftskreise entsprechen, einheitliche internationale Grundzüge für die völkerrechtlichen Bestimmungen.

die sich aus diesem Vertrag ergeben, an Stelle der bisherigen einzelstaatlichen Bestimmungen aufzuheben. Die Ergebnisse von früheren Verhandlungen in den Jahren 1900, 1909 und 1910 sind bereits 1910 die beiden internationalen Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung von Regeln über den Zusammenstoß von Schiffen und über die Off-

Sozialdemokratische Partei Danzig.

Donnerstag, den 26. Oktober 1922, abends 7 Uhr:
große
Bezirk-Mitgliederversammlungen.

1. Bezirk in der Hilschule, Heilige Geistgasse 111.
2. Bezirk in der Handel- und Gewerbeschule, An der großen Mühle.
3. Bezirk (Neufahrwasser) im Lokal „Zum Leuchtturm“, Ostvoer Straße 18.
4. Bezirk (Schiffbau) im Lokal Steppuhn, Karlsruher Straße.
5. Bezirk (Langfuhr) im Lokal Krestin, Grundhöfer Weg.
6. Bezirk (Niederstadt) im Jugendheim, Reiterkaserne, Blumen Nr. 51.
7. Bezirk im Gymnasium Winterplatz.

Samstag, den 28. Oktober 1922, abends 7 Uhr:
Sonntag, den 29. Oktober 1922, vormittags 9 1/2 Uhr:
17. Bezirk (Lauenburg, Schellmühl) bei Ramlal Lauenburgerhof. Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Vortrag.
 2. Bericht vom Parteivorstand.
 3. Stellungnahme zum Parteitag und Delegiertenwahl.
 4. Vereinskassenberichte und Quartalsabrechnung.
- Redner: Krawinkel, Bener, Gerig, Kartschke, Alchowski, Genslein, Plagemann, Reel, Emil Werner.
Parteilosen, Parteigenossen! Sorgt für zahlreichen Besuch dieser Versammlungen.

Der Landesvorstand.

Leitung und Vergütung in Eremot abgeschlossen worden, deren Grundzüge auch in das innere deutsche Recht übernommen sind. Die jetzt wieder beginnenden Verhandlungen haben zwei im Jahre 1913 aufgestellte Vorentwürfe, betreffend die beschränkte Haftung der Meeresfahrer und die Schiffshypothek und Schiffsprivilegien zum Gegenstande.

Die Wirtschaftskrise hat eine so tiefe und so lange, wie wir sie in der Geschichte nicht erlebt haben, doch gewisse Industrien, die mit einer relativ kurzen Umschlagsperiode ihres Kapitals rechnen müssen und keine großartige Reservepolitik getrieben haben, sich entschließen, ihre Betriebe aus der Wirtschaftskrise zu verlegen. So werden jetzt immer häufiger Betriebsverlegungen der tschechoslowakischen Textilindustrie nach Ungarn gemeldet. Es ist zweifellos, daß der niedrige Stand der ungarischen Krone und der hohen in Vorbereitung befindliche neue ungarische Zolltarif, der den bisherigen Zolltarif der ungarischen Textilindustrie noch beibehalten soll, eine wichtige Rolle bei der Abwanderung haben. Aber noch verführlicher wirkt auf die tschechoslowakischen Kapitalisten der niedrige Lohnstand und die soziale Anhebung des ungarischen Proletariats. Die größte Betriebsverlegung ist die der Mauthner-Werke in Rosumberol (Slowakei), die eine Baumwollspinnerei mit 18 000 Spindeln nach Ungarn verlegt. Die Jäger Werke in Keszthely, die Vereinigte Nationale Textilwerke K. G. mit je 200 Beschäftigten, eine Reibstoffer-Weberei mit 240 Beschäftigten, ziehen sich in Ungarn ein. Die Drehschiff-Werke mit 40 000 Spindeln beschäftigt, verhandelt über die Abwanderung.



Wasserstandsberichte am 25. Oktober 1922.

23. 10.	24. 10.	Kurzebrack	+3,60	+3,10	
Zowisch	+1,97	+2,22	Montauespöhe	+3,55	+3,00
23. 10.	24. 10.	Diesch	+3,77	+3,19	
Warschau	+2,30	+2,12	Dirschau	+4,00	+3,46
23. 10.	24. 10.	Einlage	+3,30	+2,96	
Plock	+1,78	Schleusenost	+2,96	+2,80	
24. 10.	25. 10.	Rogal:			
Thorn	+2,53	+2,23	Schönau D. P.	+6,70	+6,66
Tordou	+2,62	+2,24	Salgenau D. P.	+4,60	+4,60
Tulm	+2,76	+2,34	Neuhorsterbusch	+2,00	+2,02
Graubenz	+3,04	+2,62	Anwachs		

Ämtliche Bekanntmachungen.

Verordnung
betr. Erhöhung des Prozentsatzes der Milchpflichtlieferung von 35% auf 7%.

In Abänderung der am 25. 7. 22 verordneten Ausführungsbestimmung zu dem Befehl vom 28. 8. 22 sowie der durch die Verordnung vom 10. 9. 22 und 6. 10. 22 erfolgten Abänderungen hierzu wird folgendes verordnet:

Die Molkereien und Milchereien des Freistaates haben ab 26. 10. 22 7% anstatt wie bisher 35% der eingetragenen Milch zu den in der Verordnung vom 16. 10. 22 festgesetzten Höchstpreisen nach Danzig zur Verfügung des Ernährungsamtes anzuliefern.

Die in Absatz 2 bis 4 der Verordnung vom 10. 9. 22 enthaltenen Ausführungsbestimmungen, Strafen pp. bleiben nach wie vor in Kraft.

Danzig, den 24. Oktober 1922. (7640)
Der Senat der Freien Stadt Danzig.
gez. Sahm. gez. Janßon.

Arbeiter-Bildungsausschuß Danzig

Im ersten Viertel des Winterhalbjahres werden folgende Vorträge veranstaltet:

Die Eiszeit in unserer Heimat. (Mit Lichtbildern) Mittwoch, den 25. Oktober.

Finanz- und Währungsprobleme. Mittwoch, den 1. Nov. Redner Expedient Fookan.

Bedeutende Pädagogen im Schulwesen. Mittwoch, den 15. November. Redner Lehrer Beyer.

Steuersysteme einst und jetzt. Dienstag, den 21. Nov. Redner Arbeiterrekr. Reck.

Entwicklung des Rechtsgedankens. Mittwoch, den 29. November. Redner Dr. Müller.

Aus Danzigs Geschichte. Dienstag, den 5. und Mittwoch, den 13. Dezember. Redner Redakteur Loops.

Die Vorträge finden im **Vortragssaal der Gewerkschaften, Heveliusplatz 1-2, 2 Treppen**, abends 7 Uhr statt.

Kassenöffnung 6 Uhr.
Eintrittsgebühr pro Abend 5.- Mark.
Karten nur an der Abendkasse. (7462)

Blendax
Mit dem Scheuermännchen

Scheuert · Reinigt · Putzt
Alles
Blitzblank

Horstler:
Urban-Werke, Chemische Fabrik G. m. b. H., Danzig, am Troyl. (7320)

2 Meter rot. Blüsch und 1 Nähmaschine
altes Syst., gut nähend, billig zu verkaufen. Zu erfragen Paradiesg. 82, Papiergeschäft.

Ein großer **eiserner Ofen**
zu verkaufen. Ortscho 1d, Korintengasse 5. (7)

2 runde Tischchen
mit Marmorplatte und 2 Teilkronleuchter zu verkaufen. Neufahrwasser, Albrechtstr. 22, 1 Tr. (7)

1 Satz Dannenbetten
zu kaufen gesucht. Ang. unt. E. 905 an die Exped. der Volksstimme. (7)

Tüchtige, ältere Schlosser
sowie einen älteren **Dreher**
stellt sofort ein (7622)
Danziger Eisenindustrie-Verh. u. Gef. vorm. A. Kirschberger, Danzig-Ohta.

Tüchtige Schneidergesellen
für Kostüme und Mäntel sofort gesucht. Angebote unt. E. 982 an die Exped. der Volksstimme. (7)

Junger Mann,
Invalide, 20 Jahre alt, sucht Beschäftigung ganz gleich welcher Art. Angebote unt. V. 985 a. d. Exped. d. Volksstimme. (7)

Suche für meinen Sohn eine Lehrstelle
in der Schneiderei. Offert. unt. V. 977 an die Exped. der Volksstimme. (7)

Stadttheater Danzig.
Direktion: Rudolf Schaper.
Heute, **Mittwoch, den 26. Oktober, abends 7 Uhr:**
Dauerkarten E 1.
Die lustige Witwe
Operette in 3 Akten (teilweise nach einer fremden Grundidee) von Viktor Léon und Leo Stein. Musik von Franz Lehár. In Szene gesetzt von Erich Sterned. Musikalische Leitung: Ludwig Schickel. Inspektion: Emil Werner.
Personen wie bekannt. Ende 9 1/2 Uhr.
Donnerstag, den 26. Oktbr., abends 7 Uhr: Dauerkarten A 2. Zum letzten Male: „Grazie!“ Musikdrama in 3 Akten.
Freitag, den 27. Oktober, abends 7 Uhr: Dauerkarten B 2. Neu einstudiert: „Wenn der junge Wein blüht.“ Lustspiel in 3 Akten.
Sonntag, den 28. Oktober, abends 7 Uhr: Dauerkarten C 2. Ermäßigte Schauspielpreise. „Abale und Stebe.“ Trauerspiel in 5 Akten.

Schützenhaus
Freitag, den 27. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:
1. Extra-Symphonie-Konzert.
Dirigent J. Kitschin
von der russischen Großen Oper in Kiew.
Mitwirkung: Die bekannte Sängerin der russischen Staatsoper Frau **Ksenja Belmass** (Sopran).
Beide zum ersten Male in Danzig.
Orchester: Verstärkte Stadttheaterkapelle.
Aus dem Programm: Tschairowsky, 6. Symph. pathétique. Tannhäuser-Ouverture. Oboe aus Tannhäuser. Lieder von Rymski-Korsakoff.
Karten zu 250 bis 40 Mk. bei Hermann Lau, Langgasse 71. (7638)

Gedania-Theater
Schüsselndamm 53/55 (7617)
Achtung! Heute! Nur als Montag!
Der hervorragende Spielplan!!!
Der rote Handschuh
Amerikanischer Sensations-Abenteurerfilm in 6 Episoden. 36 Akten
II. Eptso: e:
„Der Brand in der Banditenhöhle“
5 aufsehenerregende, sensationelle und äußerst spannende Akte
In der Hauptrolle: **Mary Waloamp**
Amerikas tollkühnste Sensationsdarstellerin.
„Das Brandmal der Liebe“
Ein Filmspiel in 7 Akten.
Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.

Brudeherd
zu kaufen gesucht. Angeb. unter E 903 a. d. Exp. d. Volksstimme. (7)

Fahrrad
mit Freilauf, gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angeb. unt. E. 900 an d. Exped. der Volksstimme. (7)

Eis. Kind. Bettgest. u. Sportwagen
zu kauf. gesucht. Angeb. unter V. 978 an die Exped. der Volksstimme. (7)

Ein vierrädriger **Handwagen**
zu kaufen gesucht. Angeb. unt. E. 981 an die Exped. der Volksstimme. (7)

Handwagen,
kleiner 4-rädr., zirka 5 Jtr. Tragf., zu kaufen gesucht. Angeb. unt. E. 912 an d. Exped. d. Volksstimme. (7)

Grundstück
mit Hof und Stallung in einem Vorort Danzigs zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unt. E. 988 an d. Exp. d. Volksstimme. (7)

Wohnungslausch!
Welches alte od. kinderlose Ehepaar in Odra tauscht größere Wohnung gegen kleinere? Angeb. an 1579
Schulz,
Schönfelder Weg 1, 2 Tr.
Altes, einj. möbl. Zimmer von jung. Mann z. 15. 11. gesucht. Off. u. V. 908 a. d. Exped. d. Volksstimme. (7)

Kaufmann sucht sofort gut möbliertes Zimmer
zu mieten. Ang. u. E. 909 a. d. Exp. d. Volksstimme. (7)

Jg. Mann sucht kleines möbliertes Zimmer
Angebote unter E. 905 an d. Exp. d. Volksstimme. (7)

Einj. möbl. Zimmer
zum 1. Nov. an Dame zu vermieten. Wo sagt d. Exped. d. Volksstimme. (7)

Wilhelm-Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Gastspiel
Otto Reutter
der deutsche Meisterhumorist.
mit neuem aktuellem und lokalem Repertoire.
Captain Frohns fünf dressierte Seelöwen
und das glänzende Programm!!!
LIBELLE:
Abends bis 1 Uhr Bier-Kabarett anschließend Wein-Kabarett.
Vorverkauf 10-1 Uhr Gebr. Freymann.

Bahn-Kranke
werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen in einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte. Gold-Kronen usw. unter voller Garantie.
Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung.
Zustimmt für Zahnleidende
Telef. **Wiesnerstadt 71** Telef. 2821
Durchgehende Sprechzeit von 8-7 Uhr.

Kleine Anzeigen
in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Stroh-Panama-Velour-Pitz-Hüte
für Damen und Herren
werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit
7153
urngepreßt,
gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhut-Fabrik
Hut-Bazar zum Strauß
Annahmestelle
nur Lawendalgasse Nr. 6-7.
(gegenüber der Markthalle).

Schäferhund
wachsam und a. d. Mann dressiert, zu kauf. gesucht. Angeb. unt. E. 907 an die Exped. d. Volksstimme. (7)

Neue (7524) Tanz-Schule
Sonntags-Kursus für Anfänger und Fortgeschrittene. Anmeld.: Sonntag 6-6 Uhr gr. Saal Germania-Brotfabrik (Schützensteg).

Al. Fuhrer, Umzüge
macht Katergasse 21, 3 Trepp. u. Sint. Adlersbräu's 6. Raden. (7)

Goldener Siegelring
(gezeichnet) gefunden. Abzuholen von 4 Uhr ab. Samstag 12n, 1 Tr.